

Öffentliche Bildungsausgaben

Ausgewählte Finanzkennzahlen für den Kanton Aargau



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Die Finanzkennzahlen in Kürze.....	6
3	Die öffentlichen Bildungsausgaben des Kantons Aargau im interkantonalen Vergleich	9
3.1	<i>Anteil Bildungsausgaben.....</i>	9
3.2	<i>Öffentliche Bildungsausgaben nach Staatsebene</i>	11
3.3	<i>Öffentliche Bildungsausgaben pro Lernende/r nach Schulstufe</i>	13
3.4	<i>Öffentliche Bildungsausgaben nach Ausgabenart</i>	17
3.5	<i>Ausgaben für die Berufsbildung.....</i>	23
3.6	<i>Ausgaben für die universitären Hochschulen und Fachhochschulen</i>	25
4	Verwaltungsrechnung des BKS	28
5	Die Schweiz im OECD-Vergleich.....	31
5.1	<i>Bildungsausgaben pro Lernende/r nach Schulstufe</i>	31
5.2	<i>Anteil der öffentlichen und privaten Bildungsausgaben am BIP</i>	35
5.3	<i>Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben.....</i>	36
5.4	<i>Gehälter der Lehrpersonen.....</i>	37
	Literatur	38

1 Einleitung

Bildungsleistungen stehen in Konkurrenz zu vielen anderen Staatsaufgaben. Welchen Stellenwert die Bildung im Vergleich zu anderen öffentlichen Aufgaben (wie das Gesundheitswesen oder die innere Sicherheit) einnimmt, zeigt der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben gemessen an den gesamten öffentlichen Ausgaben. Der Bereich Schule und Bildung gehört zusammen mit der Sozialen Wohlfahrt zu den wichtigsten Posten im Budget der öffentlichen Hand. Die Finanzierungsquellen für die Bildung können öffentlich oder privat (Unternehmen, Stiftungen, private Haushalte) sein. Die öffentlichen Finanzierungsquellen können zudem den drei Staatsebenen Bund, Kantone und Gemeinden zugeordnet werden.

Das eher mittelmässige Abschneiden der Schweizer Jugendlichen an den internationalen PISA-Studien 2000 und 2003 hat u. a. dazu geführt, dass Wirtschaft, Politik und Gesellschaft der schweizerischen Bildungspolitik eine verstärkte Bedeutung beimessen. Auch angesichts der Erfordernisse der Wissens- und Informationsgesellschaft steht die Bildung der Schweiz und vieler anderer Länder im Zentrum politischer Diskussionen. Zentrale Entwicklungen der jüngsten Jahre, die sich stark auf die öffentlichen Bildungsausgaben ausgewirkt haben, lassen sich durch wenige Merkmale charakterisieren (Riphahn, 2003):

- steigende Bildungsnachfrage auf praktisch allen Schulstufen
- Flexibilisierung des Zugangs zu Bildungsangeboten
- Internationalisierung im Bereich der tertiären Bildung
- steigende Bedeutung des lebenslangen Lernens durch eine kürzere Halbwertszeit des Wissens
- neue Rollen für die Informationstechnologie im Bildungswesen

Aus diesen Entwicklungen leiten sich neue Anforderungen für das Bildungswesen ab. Die Bildungspolitik ist gefordert, sich den Bedürfnissen der Gesellschaft anzupassen. Aus ökonomischer Sicht ist das wichtigste Ziel der Bildungspolitik, effizient, bedarfs- und chancengerecht Arbeitskräfte zu qualifizieren. Es stehen die Fragen im Zentrum, zu welchem Output die volkswirtschaftlichen Investitionen in Ausbildung und Humankapital führen müssen und an welchen Stellen die Effizienz des Bildungssystems gesteigert werden kann.

Da das Bildungswesen aus begrenzten Mitteln finanziert wird, die auch anderweitig eingesetzt werden könnten, ist es der Gesellschaft gegenüber zu Rechenschaft verpflichtet. Mit Hilfe verschiedener Finanzindikatoren soll versucht werden, die getätigten Bildungsausgaben unter verschiedenen Aspekten zu beleuchten. Von besonderem Interesse sind hierzu interkantonale Vergleiche. Im vorliegenden Finanzindikatorenpapier werden u. a. folgende Fragen beantwortet:

- Wie hoch ist der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben?
- Wie hoch ist der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP bzw. an den kantonalen Volkseinkommen?
- Wie verteilen sich die Bildungsausgaben auf die Staatsebenen?

- Wie gross ist der finanzielle Handlungsspielraum der Kantone?
- Wie viel wird für die verschiedenen Schulstufen ausgegeben?
- Welcher Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben fliesst in die Löhne der Lehrpersonen?
- Wie haben sich die öffentlichen Bildungsausgaben in den letzten Jahren entwickelt?
- Wie positioniert sich die Schweiz mit ihren Bildungsausgaben im internationalen Vergleich?

Die in diesem Bericht ausgewiesenen Finanzkennzahlen stammen aus verschiedenen Quellen: BFS, OECD, Staatsrechnung des Kantons Aargau sowie aus empirischen Studien. Die Auswahl der Kennzahlen ist in erster Linie aus Gründen der Vergleichbarkeit getroffen worden. Es handelt sich entweder um Kennzahlen, die einen interkantonalen Vergleich zulassen, oder um Kennzahlen, die den Vergleich der Schweiz mit anderen Staaten ermöglichen. Die in diesem Papier aufbereiteten Finanzkennzahlen des BFS umfassen alle kantonal ausgerichteten Finanzkennzahlen, die vom BFS veröffentlicht werden.¹

Die Bildungsausgaben spiegeln das Zusammenspiel verschiedener voneinander abhängiger Faktoren wider, wie beispielsweise die Löhne der Lehrpersonen, das Schüler-Lehrkräfte-Verhältnis oder der Umfang der zu leistenden Unterrichtszeit. Die Finanzindikatoren sind somit nur Puzzleteile, die alleine noch keine ausreichende Entscheidungsgrundlage bieten. Sie leisten nebst anderen Quellen einen Beitrag zu einem grösseren Ganzen. Es bedarf weiterer Indikatoren, um Querverbindungen zwischen Finanzindikatoren und quantitativen sowie qualitativen Aspekten des Bildungsangebots herzustellen.

Die Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben des BFS bezieht sich auf den Aufwand der öffentlichen Hand für die 26 kantonalen Schulsysteme. Sie setzt sich aus den Ausgaben für die öffentliche Ausbildung und aus den Subventionen für die private Ausbildung zusammen. Wenn von öffentlichen Ausgaben gesprochen wird, ist damit die Einnahmeseite nicht berücksichtigt. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind die Investitionen². Die Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben des BFS basiert auf bestimmten Klassifikationen, die die Analyse der Gesamtausgaben im Bildungswesen nach folgenden Gesichtspunkten ermöglichen:

- Klassifikation nach Staatsebene (Kap. 3.2, 3.6)
- Klassifikation nach Schulstufe (Kap. 3.3, 3.5, 3.6)
- Klassifikation nach Ausgabenart (Kap. 3.4)
- Klassifikation nach Rechnungsjahr (Kap. 3)

¹ Nicht einbezogen sind die Stipendienleistungen, da sie bereits im Papier „Wirkung der Aargauer Volksschule und Sekundarstufe II. Analyse ausgewählter Bildungsindikatoren der universitären Hochschulen und Fachhochschulen“ ([PDF](#)) ausgewiesen sind.

² Als Investitionen werden Ausgaben für Sachwerte mit einer Lebensdauer von mehr als einem Jahr bezeichnet (z. B. Bau oder umfangreiche Reparaturen von Gebäuden).

Die Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben beruht auf den Rechnungskonten des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Jährlich berechnet und publiziert das BFS Indikatoren auf der Grundlage der Finanzdaten der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV). Diese Statistik ermöglicht einen aktuellen Überblick über die Finanzierung des Bildungswesens der 26 kantonalen Schulsysteme vom Kindergarten bis zur Tertiärstufe.

Die Finanzverwaltung erhebt jährlich die Finanzen der öffentlichen Hand. Die Finanzzahlen des Bundes und der Kantone stützen sich auf die jeweiligen Staatsrechnungen. Diejenigen der Gemeinden mit mehr als 4'000 Einwohnerinnen und Einwohnern stützen sich auf Erhebungen. Für kleinere Gemeinden werden teilweise Schätzungen und Hochrechnungen angestellt.³ Die jährliche Erhebung der Eidgenössischen Finanzverwaltung basiert auf dem laufenden Rechnungsjahr (vom 1. Januar bis zum 31. Dezember). Ein wichtiger Indikator sind die Ausgaben pro Lernende/r einer bestimmten Schulstufe. Anzumerken ist, dass sich die Angabe der Lernendenzahl auf das Schuljahr und nicht auf das Kalenderjahr bezieht (z. B. Schuljahr 2002/03 und Rechnungsjahr 2003).

³ Im Kanton Aargau zählen 202 der 231 Gemeinden weniger als 4'000 Einwohnerinnen und Einwohner.

2 Die Finanzkennzahlen in Kürze

Finanzindikatoren des BFS

Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben gemessen an den Gesamtausgaben der Kantone und der Gemeinden nach Abzug der Bundesbeiträge beträgt 2003 26%. Der Kanton Aargau mit einem Anteil von 29% liegt im Mittelfeld des Kantoneranking. 2003 gibt der Kanton Aargau mit seinen Gemeinden 5.8% des kantonalen Volkseinkommens für die Bildung aus. Mit diesem Anteil liegt er im schweizerischen Durchschnitt von 5.9%. Welchen Anteil die Kantone an öffentlichen Bildungsausgaben 2003 direkt ausgeben, verweist u. a. auf ihren finanziellen Handlungsspielraum. Der Kanton Aargau liegt mit einem Anteil von 66% im Durchschnitt aller Kantone (65%). Den restlichen Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben geben die Gemeinden aus.

Die öffentlichen Bildungsausgaben pro Lernende/r steigen mit zunehmender Schulstufe an. Der Kanton Aargau wendet 2003 pro Lernende/r der Vorschule CHF 5'070.-, der Primar- schulstufe CHF 11'376.-, der Maturitätsschulen CHF 21'131.- und der Hochschulen CHF 18'225.- auf. Der Kanton Aargau befindet sich mit seinen öffentlichen Bildungsausgaben pro Lernende/r der Vorschule (Kindergarten) und der Hochschulen unter dem schweizerischen Durchschnitt. Durchschnittlich sind seine Ausgaben im Primarschulbereich, während die Ausgaben pro Lernende/r der Sekundarstufe II (Gymnasium) überdurchschnittlich hoch ausfallen. Die Kosten pro Schüler/in der Sekundarstufe I können auf der Grundlage der aktuellen Datenbasis für den Kanton Aargau noch nicht eruiert werden.

Die Löhne der Lehrpersonen sowie des übrigen Personals machen den grössten Teil der laufenden Ausgaben für die gesamte öffentliche Bildung aus. Der Anteil bewegt sich um 90%. Der restliche Anteil besteht aus dem Sachaufwand. Der Kanton Aargau unterscheidet sich in den Anteilen der Ausgabenarten nicht vom schweizerischen Durchschnitt.

In der ganzen Schweiz werden für die berufliche Grundbildung 14% der öffentlichen Bildungsausgaben eingesetzt. Lediglich ein Bruchteil davon wird für die höhere Berufsbildung ausgegeben. Die Nordwestschweiz liegt mit einem Anteil von 13% für die berufliche Grundbildung und einem Anteil von 1% für die höhere Berufsbildung im schweizerischen Durchschnitt.

Finanzkennzahlen der Staatsrechnung

Während die Nettoausgaben des BKS gemessen an den Nettoausgaben aller Departemente in den letzten Jahren 30% bzw. 31% betragen, reduzierte sich dieser Anteil 2004 auf 28%.

Die Ausgabenstrukturen im Aufgabenbereich Bildung haben sich seit 1998 je nach Aufgabenbereich unterschiedlich entwickelt. Die Ausgaben für den Kindergarten sind in den letzten Jahren gewachsen. Im Bereich der Volksschule haben sich die Ausgaben bis 2003 ebenfalls laufend erhöht, allerdings war im Jahr 2004 ein Rückgang zu verzeichnen. Sehr stark haben sich die Ausgaben für die Sonderschulen und Heime entwickelt: Sie sind seit 1998 um rund 45% gestiegen. Um rund 7% sind auch die Ausgaben für die Berufsbildung gestiegen. Fast verdreifacht haben sich seit 1998 die Ausgaben für den Fachhochschulbereich (eigene Institutionen und Lastenausgleichszahlungen an andere Kantone).

Deutlich gestiegen sind auch die Ausgaben im Bereich der universitären Hochschulen, dies u. a. als eine Folge der steigenden Studierendenzahlen sowie der steigenden Tarife der Lastenausgleichszahlungen. Die Tarife der Lastenausgleichszahlungen der Fachhochschulen haben sich seit 1998 um rund 40% erhöht, während die Zahl der Studierenden, die von diesen Lastenausgleichszahlungen betroffen sind, um 87% gestiegen ist.

Finanzindikatoren der OECD

Unter Berücksichtigung der öffentlichen und der privaten Finanzquellen geben die OECD-Länder 2002 6.1% der Gesamtsumme ihres BIP für Bildungseinrichtungen im Elementar-, Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich aus. Knapp über dem OECD-Durchschnitt liegt die Schweiz von ca. 6.2%. Die höchsten Ausgaben für Bildungseinrichtungen gemessen am BIP tätigen Island, die USA, Dänemark und Korea. Ihr Anteil der Bildungsausgaben ist höher als 7% des BIP. Im Jahr 2002 wenden die OECD-Länder im Durchschnitt 12.9% ihrer gesamten öffentlichen Ausgaben für Bildung auf. Die Schweiz liegt mit ebenfalls rund 13% im Ländermittel.

Im Jahr 2002 belaufen sich die Ausgaben der OECD-Länder pro Lernende/r vom Primar- bis zum Tertiärbereich auf rund 7'300 US-Dollar (Ländermittel). Die Schweiz gibt 2002 über 8'500 US-Dollar pro Lernende/r aus und liegt damit weit über dem OECD-Durchschnitt. Die Ausgaben pro Lernende/r fallen auf allen Schulstufen deutlich höher aus als der OECD-Durchschnitt.

Die mit Abstand höchsten Gehälter erhalten die Lehrpersonen in Luxemburg. Eine Lehrpersonen mit 15-jähriger Berufserfahrung erhält in Luxemburg rund 80'000 US-Dollar pro Jahr. Ebenfalls auf einem Spitzenplatz befindet sich die Schweiz mit einem Jahresgehalt von fast 60'000 US-Dollar. Das durchschnittliche OECD-Gehalt nach 15 Jahren Berufserfahrung beträgt 2002 rund 40'000 US-Dollar.

Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben 2003 in %:

	AG	CH
Gesamtausgaben	29.0%	26.3%
Volkseinkommen	5.8%	5.9%

Quelle: BFS

Öffentliche Bildungsausgaben pro Lernende/r nach Schulstufe 2003 in CHF:

	AG	CH
Vorschule	5'070.-	6'523.-
Primarschulstufe	11'376.-	11'466.-
Sekundarstufe I	- ⁴	15'201.-
Maturitätsschule	21'131.-	20'322.-
Hochschule (UH, FH)	18'225.-	23'215.-

Quelle: BFS

Öffentliche Bildungsausgaben nach Ausgabenart und Schulstufe 2003 in %:

	AG			CH		
	Löhne Lehrpersonen	Löhne übriges Personal	Sachaufwand	Löhne Lehrpersonen	Löhne übriges Personal	Sachaufwand
Vorschule	80%	8%	12%	85%	6%	9%
Primarschulstufe	70%	13%	17%	70%	13%	17%
Sekundarstufe I	77%	13%	10%	76%	10%	14%
Maturitätsschule	80%	12%	8%	80%	9%	11%

Quelle: BFS

⁴ vgl. S. 16

3 Die öffentlichen Bildungsausgaben des Kantons Aargau im interkantonalen Vergleich

Die öffentlichen Bildungsausgaben entsprechen der Summe der laufenden Ausgaben und der Investitionsausgaben, die von den einzelnen Staatsebenen getätigt werden. Die laufenden Ausgaben umfassen finanzielle Aufwendungen, die Jahr für Jahr zum Betrieb von Bildungseinrichtungen erforderlich sind. Die laufenden Ausgaben setzen sich aus folgenden vier Ausgabenkategorien zusammen: Lehrkräfte, übriges Personal, Sachausgaben und übrige laufende Ausgaben. Die Investitionsausgaben werden nicht berücksichtigt, da sie grossen jährlichen Schwankungen unterliegen und die Ausgaben beträchtlich verzerren können.

3.1 Anteil Bildungsausgaben

Anteil Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben

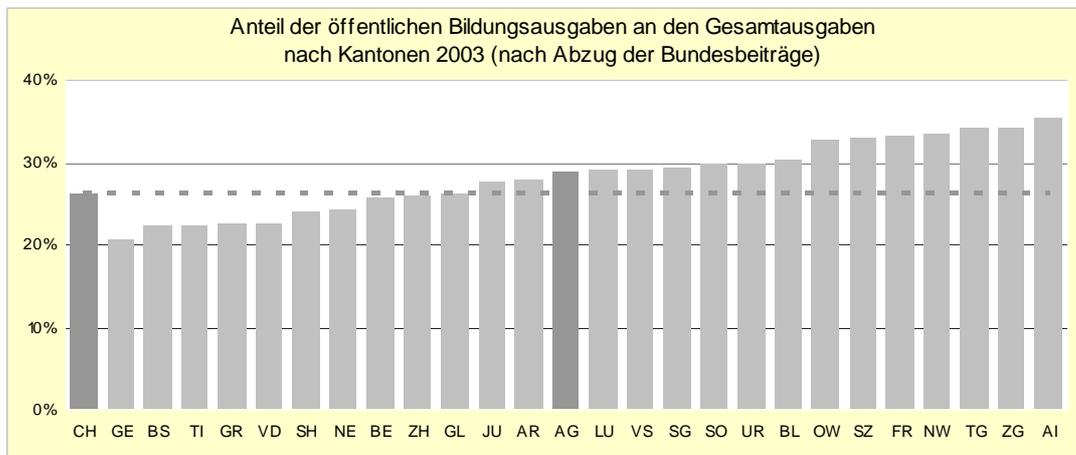
Im Jahr 2003 wenden Bund, Kantone und Gemeinden CHF 25,8 Milliarden für Bildungszwecke auf. Dies entspricht einem Anteil von 19% der Gesamtausgaben (CHF 136 Milliarden). Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben hat sich in der Schweiz seit 1992 praktisch nicht verändert und schwankt zwischen 17.5% und 19.0%. Der Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben im Jahr 2003 liegt nach einem Rückgang in den 90er-Jahren wieder etwas über dem Wert von 1990. Die realen⁵ Bildungsausgaben nehmen im Jahr 2003 verglichen mit den Ausgaben des Vorjahres um 3% zu. Der Wachstumstrend hält seit 1999 an und zeigt, dass die Phase der Stagnation in den 90er-Jahren beendet ist. Im Zeitraum von 1990 bis 2003 entwickelten sich die Bildungsausgaben (+28%) praktisch parallel zu den Gesamtausgaben (+27%).

Werden die Bildungsausgaben im zeitlichen Verlauf betrachtet, können Hypothesen über die Reaktion der Behörden angesichts einer bestimmten konjunkturellen Situation formuliert werden. 1993 wurde das Wachstum der öffentlichen Bildungsausgaben unterbrochen. Dieses Ergebnis ist als eine direkte Folge der Wirtschaftskrise bzw. der knappen Haushaltsmittel Anfang der 90er-Jahre zu beurteilen. Die Auswirkungen der Kürzungen der Gesamtausgaben werden allerdings erst ab 1994 sichtbar, da in diesem Jahr das Bruttoinlandprodukt wieder zu wachsen begann. Obschon die öffentlichen Gesamtausgaben bereits ab 1996 wieder anstiegen, zogen die Bildungsausgaben erst 1998 wieder nach, nachdem das Bruttoinlandprodukt während zweier Jahre deutlich anstieg. Die öffentlichen Bildungsausgaben entwickelten sich in den einzelnen Kantonen zwischen 1998 und 2003 mehrheitlich ähnlich: Sie stiegen kontinuierlich an. Zu den wenigen Kantonen, die in diesem Zeitraum ihre öffentlichen Bildungsausgaben nicht deutlich erhöhten, zählen Bern, Genf und Solothurn. Eine Senkung der realen Bildungsausgaben verzeichneten lediglich die Kantone Schaffhausen, Schwyz und Uri.

⁵ inflationsbereinigt

Grafik 3.1a zeigt den Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben gemessen an den Gesamtausgaben der Kantone und Gemeinden nach Abzug der Bundesbeiträge⁶.

Grafik 3.1a:



Anmerkung: Der Prozentanteil für den Kanton Aargau ist korrigiert, indem die hohen Rückstellungen im Jahr 2003 nicht in den Ausgaben berücksichtigt werden (siehe Tab. 4.1).

Quelle: BFS

Nach Abzug der Bundesbeiträge beträgt 2003 der Anteil der Bildungsausgaben gemessen an den Aufwendungen der Kantone und Gemeinden durchschnittlich 26%. Der Kanton Aargau mit seinen Gemeinden liegt mit einem Anteil von 29% im Mittelfeld aller Kantone. Am höchsten ist der Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben im Kanton Appenzell Innerrhoden, am tiefsten ist er im Kanton Genf.

Anteil der Bildungsausgaben am kantonalen Volkseinkommen

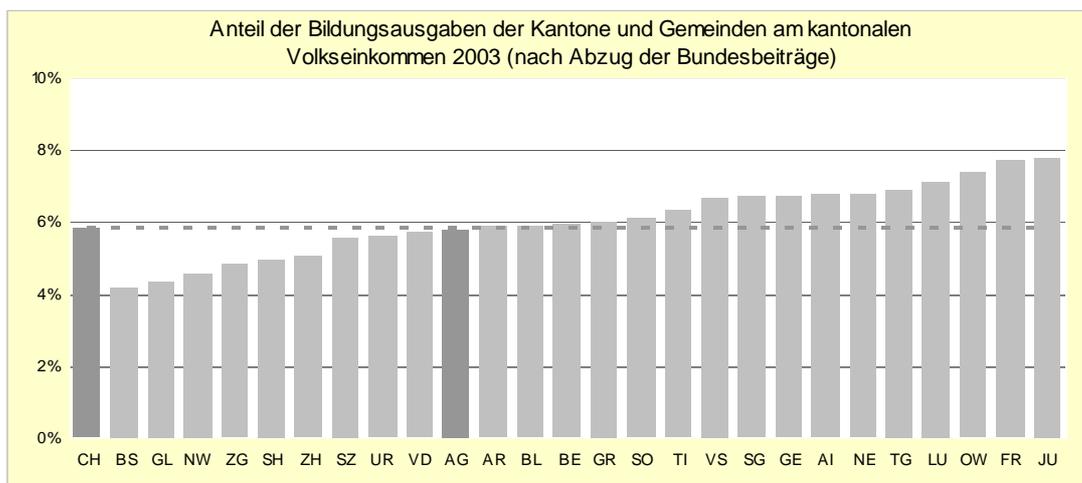
Die gesamten öffentlichen Bildungsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden gemessen am Bruttoinlandprodukt⁷ sind erneut gestiegen. Sie erreichen 2003 5,9% des BIP von CHF 435 Milliarden. Nach Beginn verschiedener Sparprojekte seit 1993 sank dieser Anteil stetig, bis er im Jahr 2000 einen Tiefpunkt von 5,4% erreichte. Seither ist der Anteil der Bildungsausgaben im Vergleich zum BIP wieder deutlich angestiegen. Die Kantone und Gemeinden wenden 2003 6,2% ihres kantonalen Volkseinkommens⁸ für die Bildung auf. Grafik 3.1b zeigt den Anteil der Bildungsausgaben der Kantone und Gemeinden gemessen am kantonalen Volkseinkommen nach Abzug der Bundesbeiträge.

⁶ Die Bundesbeiträge beziehen sich in erster Linie auf die Sekundarstufe II (Berufsbildung) und den Tertiärbereich. Kantone erhalten vom Bund Subventionen zur Finanzierung ihrer Hochschulen und Fachhochschulen.

⁷ Das Bruttoinlandprodukt (BIP) umfasst die Summe der Wertschöpfung, welche im Laufe eines Jahres im Rahmen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen eines Landes entsteht.

⁸ Das kantonale Volkseinkommen umfasst jene Einkommen, die dem Produktionsprozess innerhalb und ausserhalb des Kantons zufließen. Dazu gehört das Einkommen der privaten Haushalte (Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Netto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit der privaten Haushalte (Selbstständigerwerbende) und aus Vermögen der privaten Haushalte (z. B. Dividenden) sowie der Organisationen ohne Erwerbscharakter), Einkommen der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen (Netto-Einkommen der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen aus ihrer Unternehmertätigkeit und ihrem Vermögen), Einkommen der Kapitalgesellschaften (Nettoüberschüsse der Kapitalgesellschaften des Sektors der nichtfinanziellen Unternehmungen und der Sektoren Finanzinstitute und Versicherungsunternehmungen und der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dieser drei Sektoren).

Grafik 3.1b:



Quelle: BFS

Der Kanton Aargau mit seinen Gemeinden gibt 2003 5.8% des kantonalen Volkseinkommens für die Bildung aus. Mit diesem Anteil liegt er im schweizerischen Durchschnitt von 5.9%. Auffallend hoch ist der Anteil der Bildungsausgaben gemessen am kantonalen Volkseinkommen in den Kantonen Jura und Freiburg. In diesen beiden Kantonen liegt der Anteil über 8%. Ein überdurchschnittlicher Anteil kann bedeuten, dass die öffentliche Hand intensivere Anstrengungen zur Finanzierung eines breiten oder qualitativ hoch stehenden Bildungsangebots unternimmt. Er kann aber auch bedeuten, dass die Behörden mit einer anspruchsvolleren Bildungsnachfrage konfrontiert sind (z. B. die Investitionen in die Integration fremdsprachiger Kinder im Kanton Genf) oder dass das kantonale Volkseinkommen verhältnismässig tief ist (z. B. Kanton Jura). Einen besonders geringen Anteil von unter 5% weisen die Kantone Basel-Stadt, Glarus, Nidwalden und Zug auf. Ein eher tiefer Prozentsatz kann Ausdruck eines beschränkten Bildungsangebots sein oder aber auf ein relativ hohes Volkseinkommen (z. B. Kanton Zug) hinweisen.

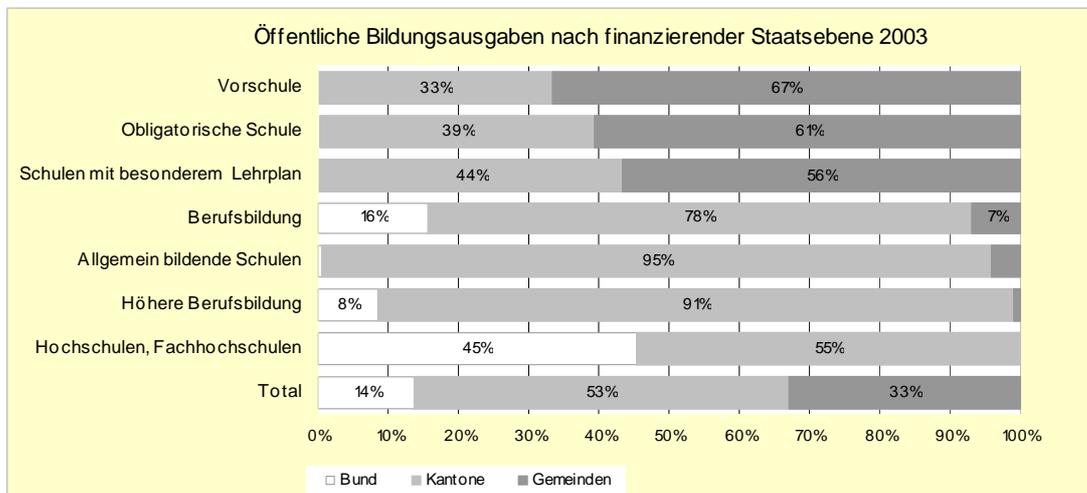
3.2 Öffentliche Bildungsausgaben nach Staatsebene

In der Schweiz beruht die öffentliche Bildungsfinanzierung auf den drei Staatsebenen Bund, Kantone und Gemeinden. Die Finanzierung der Bildung geschieht nicht immer in direkter Weise, sondern auch indirekt durch Beiträge an andere Staatsebenen. Als Finanzierungsquellen gelten die finanzierenden Staatsebenen, die über die finanziellen Mittel entscheiden. Das finanzielle Engagement der Gemeinden nahm während der 90er-Jahre kontinuierlich zu. Seit 1999 übernehmen die Kantone nach einer Phase der Stagnation wieder vermehrt die Bildungsausgaben (+21% zwischen 1998 und 2003). Der Bund gibt seit 1997 nach einem deutlichen Einbruch ebenfalls wieder mehr für Bildung aus. Der Indikator zeigt, wie gross das Engagement der einzelnen Verwaltungsebenen im Bildungssektor ist.

2003 übernehmen die Kantone die Hälfte (53%) der Finanzierung der öffentlichen Bildungsausgaben, die Gemeinden einen Drittel (33%) und der Bund den Rest (14%). Die Verantwortlichkeiten der Bildungsfinanzierung sind allerdings je nach Schulstufe sehr verschieden. Je nach Schulstufe steigt und fällt die Bedeutung der Finanzierung einer

bestimmten Staatsebene. Grafik 3.2a zeigt die öffentlichen Bildungsausgaben nach finanzierender Staatsebene und Schulstufen:

Grafik 3.2a:

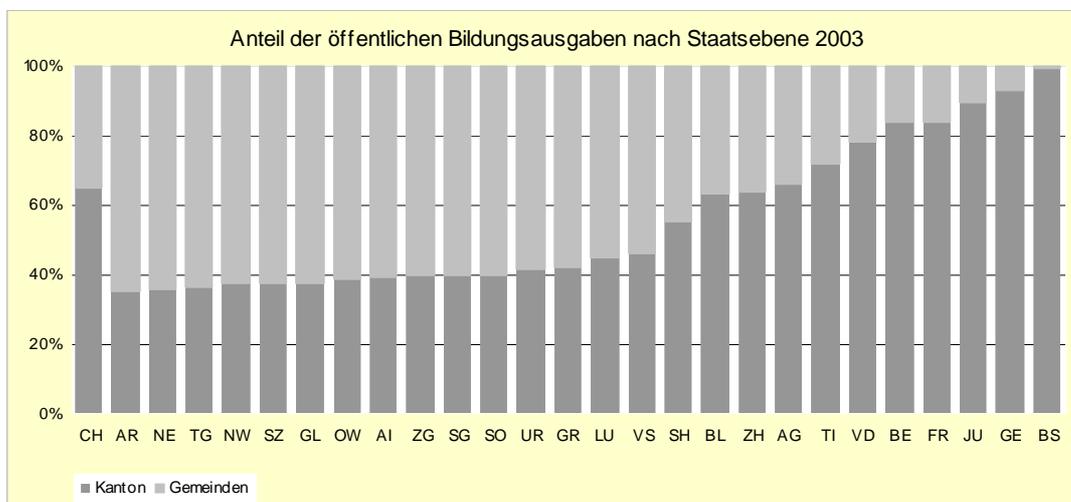


Quelle: BFS

In der Schweiz bestreiten 2003 die Gemeinden den grössten Teil der Ausgaben der Vorschule, der obligatorischen Schule sowie der Ausgaben von Schulen mit besonderem Lehrplan. Die Ausgaben für die Berufsbildung, die allgemein bildenden Schulen, die höhere Berufsbildung sowie für die universitären Hochschulen und Fachhochschulen werden von den Kantonen getätigt. Die Kantone decken mehr als die Hälfte der Ausgaben der Sekundarstufe I. Dem Bund fallen im Allgemeinen nur wenige spezifische Aufgaben zu. Alles in allem verfügen die Kantone vorwiegend über die Bildungshoheit.

Wird zwischen finanzierender und ausgebender Staatsebene unterschieden, treten deutlich kantonale Unterschiede auf. Grafik 3.2b zeigt, welchen Anteil die Kantone und welchen Anteil die Gemeinden an öffentlichen Bildungsausgaben 2003 ausgeben (ausgebende Staatsebene).

Grafik 3.2b:



Quelle: BFS

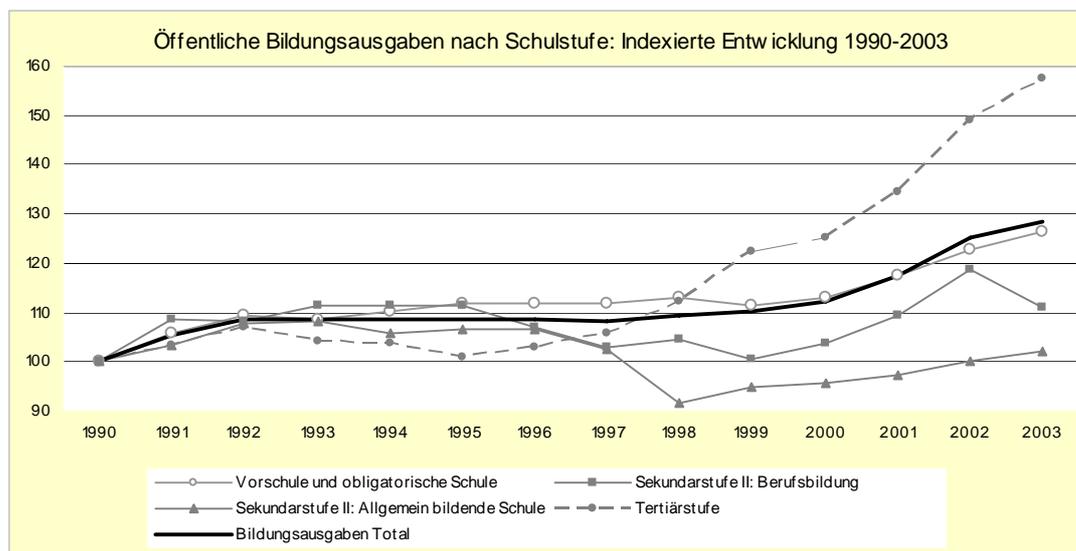
In fünf Kantonen werden 2003 mehr als 80% der Bildungsgelder vom Kanton ausgegeben. In den zwei städtischen Kantonen Genf und Basel-Stadt werden praktisch die gesamten Bildungsaufwendungen direkt durch die Kantonsverwaltung bezahlt. Ihr Kantonsanteil liegt über 90%. Der Kanton Aargau liegt mit einem Anteil von 66% im Durchschnitt aller Kantone von 65%.⁹ In neun Kantonen liegt der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben, der vom Kanton ausgegeben wird, unter 40%. Dazu gehören beispielsweise die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Neuenburg, Thurgau und Nidwalden. In fünfzehn Kantonen übernehmen die Gemeinden den grösseren Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben als die Kantone. In den restlichen elf Kantonen, dazu gehört auch der Kanton Aargau, übernehmen die Kantone den grösseren Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben.

3.3 Öffentliche Bildungsausgaben pro Lernende/r nach Schulstufe

Zur Berechnung der öffentlichen Ausgaben pro Lernende/r werden die direkten Ausgaben von öffentlichen Bildungsinstitutionen durch die Anzahl der Lernenden dividiert. Einbezogen werden nur die Lernenden der öffentlichen Bildungsinstitutionen. Für die interkantonalen Vergleiche werden nur die laufenden Ausgaben berücksichtigt, da die Investitionsausgaben beträchtlichen jährlichen Schwankungen unterliegen.

Zwischen 1990 und 2003 stieg die Zahl der Lernenden um 15% an, während im selben Zeitraum die Bildungsausgaben in Realwerten um 28% wuchsen. Die Beziehung zwischen der indexierten¹⁰ Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben und der Anzahl Lernenden erlaubt es, die Zuteilung der öffentlichen Ressourcen an die verschiedenen Schulstufen nach der Anzahl der Lernenden im Zeitverlauf zu analysieren. Grafik 3.3a zeigt den Verlauf der öffentlichen Bildungsausgaben nach Schulstufe.

Grafik 3.3a:



Quelle: BFS

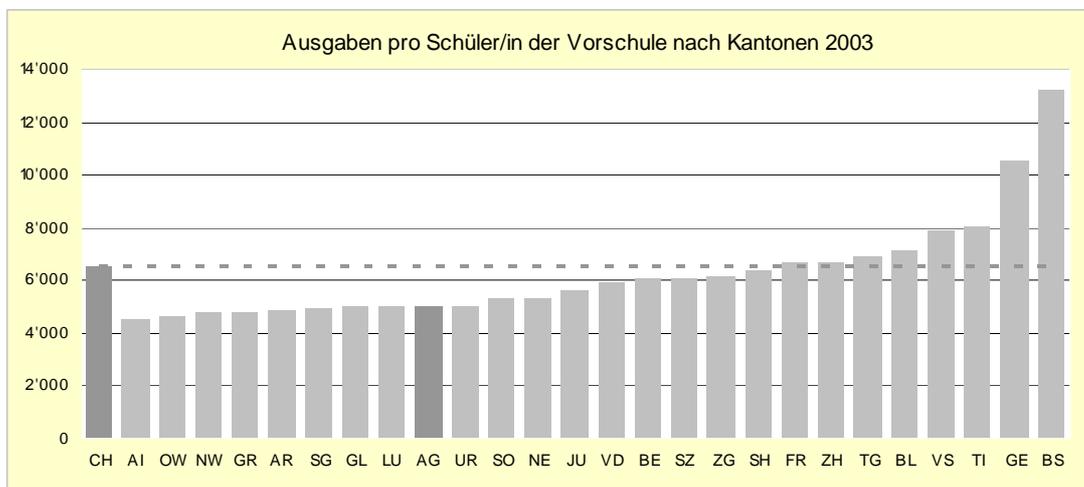
⁹ Dieser Prozentanteil verringert sich mit dem Inkrafttreten des 3. Pakets der Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden per 1. Januar 2006.

¹⁰ Ist der Index grösser als 100, haben sich die öffentlichen Bildungsausgaben seit 1990 stärker entwickelt als die Anzahl der Lernenden. Ist der Koeffizient kleiner als 100, haben sich die öffentlichen Bildungsausgaben seit 1990 schwächer entwickelt als die Anzahl der Lernenden.

Auf den Stufen Vorschule und obligatorische Schule verlief die Entwicklung der Bildungsausgaben zwischen 1990 und 2003 vorwiegend parallel zur Entwicklung der Anzahl Lernenden. Eine eher gegenläufige Entwicklung war in der ersten Hälfte der 90er-Jahre auf Stufe Berufsbildung (Sekundarstufe II) zu beobachten: Trotz abnehmender Zahl der Berufslernenden (1990: 221'319; 1995: 191'696) wurden die Ausgaben von CHF 2,9 Milliarden um 200 Millionen auf 3,1 Milliarden erhöht. Zwischen 1994 und 1997 stabilisierte sich die Zahl der Berufslernenden, während die realen Ausgaben für die Berufsbildung in dieser Zeitspanne um 9.6% sanken. Auf der Stufe der allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe II ist ebenfalls keine parallele Entwicklung von Bildungsausgaben und Schülerzahlen zu beobachten: Von 1990 bis 2003 verzeichnete diese Schulstufe eine Zunahme von 27% der Lernenden (1990: 74'488; 2003: 90'218), während die Ausgaben von 2003 gleich hoch sind wie die Ausgaben von 1990. Auf der Tertiärstufe verlief die Entwicklung besonders auffällig. Die öffentlichen Ausgaben in diesem Sektor sind seit 1998 um 58% angestiegen und die Anzahl der Studierenden hat um 37% (1998: 151'116; 2003: 186'220) zugenommen.

Die öffentliche Hand wendet 2003 durchschnittlich CHF 6'523.- pro Kind in der Vorschule auf. Die öffentlichen Bildungsausgaben pro Schüler/in der Vorschule bilden einen interessanten Massstab für interkantonale Vergleiche. Allerdings sind die deutlichen Unterschiede zwischen den Kantonen nicht immer leicht zu interpretieren. Die unterschiedlich hohen Ausgaben können auf die Dauer des Kindergartens, die unterschiedliche Anzahl Unterrichtslektionen, auf die verschiedenen Lohnniveaus zurückgeführt werden. Grafik 3.3b zeigt die Ausgaben pro Schüler/in der Vorschule nach Kantonen.

Grafik 3.3b:

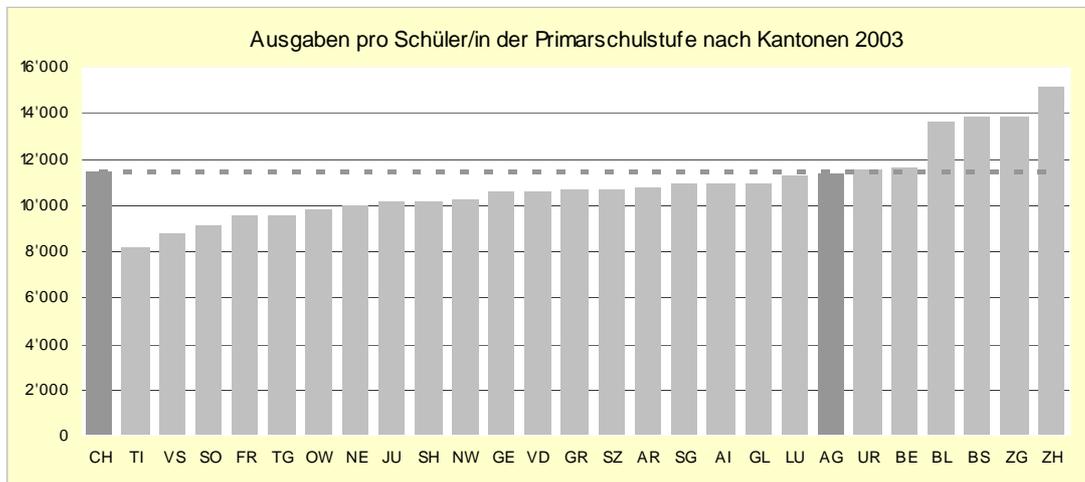


Quelle: BFS

Der Vergleich der durchschnittlichen Ausgaben pro Schüler/in zeigt markante Unterschiede zwischen den Kantonen und teilweise innerhalb der Grossregionen. Der Kanton Aargau mit seinen Gemeinden gibt 2003 pro Schüler/in der Vorschule CHF 5'070.- aus und liegt damit deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt von CHF 6'523.- pro Schüler/in der Vorschule. Auffällig sind die sehr hohen Ausgaben der Kantone Basel-Stadt und Genf. Diese beiden Kantone erhöhen den schweizerischen Durchschnitt stark. Ohne Einbezug der beiden Kantone würde der durchschnittliche Betrag pro Lernende/r der Vorschule nur CHF 5'809.- betragen. Damit würde der Kanton deutlich knapper unter dem schweize-

rischen Durchschnitt liegen. Werden die Ausgaben pro Schüler/in der Primarschulstufe nach Kantonen verglichen, sind ebenfalls deutliche Unterschiede festzustellen, wie Grafik 3.3c zeigt:

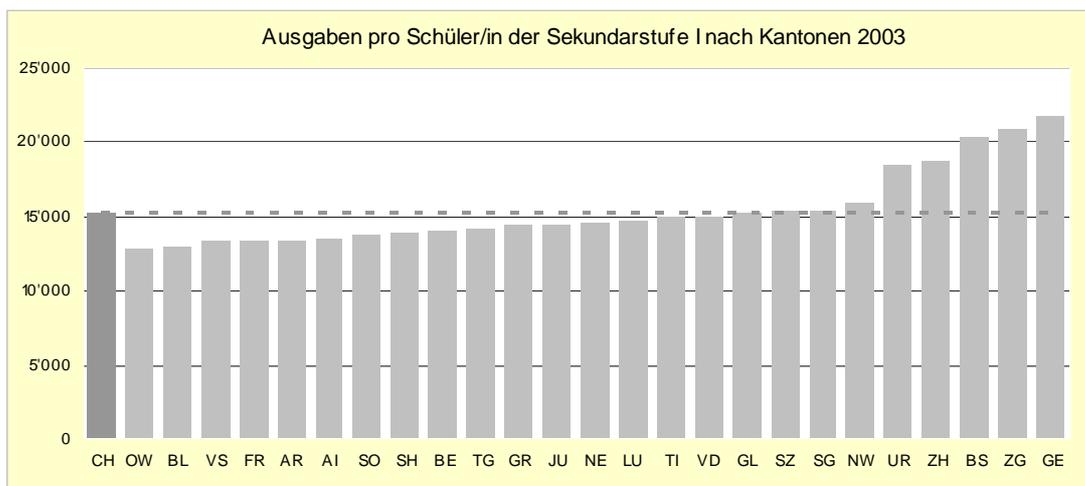
Grafik 3.3c:



Quelle: BFS

Die Spannweite der Ausgaben pro Schüler/in der Primarschulstufe reicht vom Kanton Tessin mit den tiefsten Ausgaben von CHF 8'200.- bis zum Kanton Zürich mit den höchsten Ausgaben von CHF 15'100.-. Auffällig sind die hohen Ausgaben in den Halbkantonen Basel-Land und Basel-Stadt sowie in den Kantonen Zug und Zürich. Der Kanton Aargau gibt 2003 CHF 11'376.- pro Schüler/in der Primarschulstufe aus. Damit liegt er knapp unter dem schweizerischen Durchschnitt von CHF 11'466.-, im Kantonranking belegt er aber einen Platz im vorderen Drittel. Auf der Sekundarstufe I zeigt sich eine noch grössere Differenz zwischen den Kantonen bezüglich der Ausgaben pro Schüler/in (Grafik 3.3d):

Grafik 3.3d:



Quelle: BFS

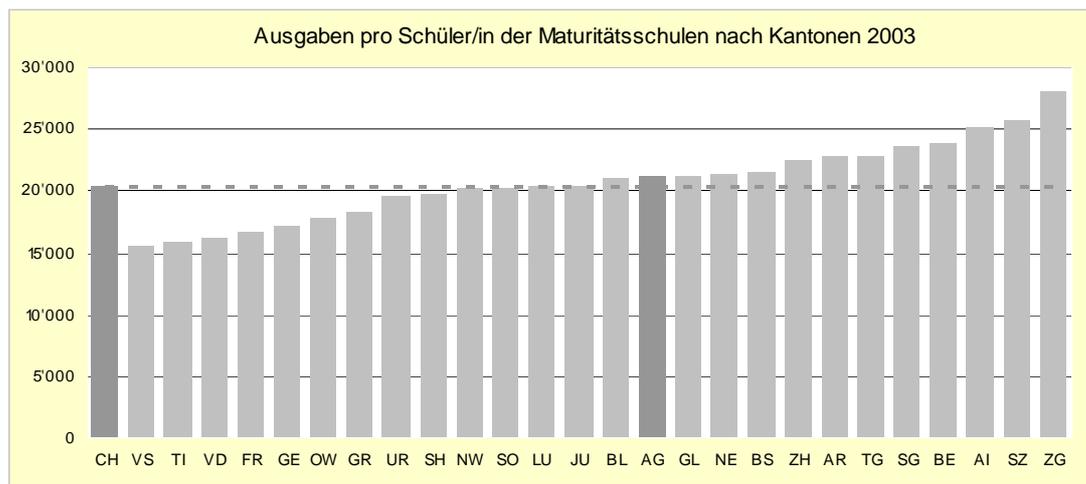
In der Schweiz werden durchschnittlich CHF 15'201.- für einen Schüler, eine Schüler der

Sekundarstufe I ausgegeben. Die höchsten Aufwendungen pro Schüler/in tätig 2003 der Kanton Genf mit CHF 21'788.-. Generell verzeichnen die städtischen Kantone sowohl für die Primarschulstufe als auch für die Sekundarschulstufe I überdurchschnittlich hohe Ausgaben pro Schüler/in, wohingegen die Ostschweiz Ausgaben um oder unter dem Durchschnitt aufweist. Auf dieser Stufe sind die Schultypen sowie das Lohnniveau der Lehrkräfte wichtige Einflussgrössen.

Die öffentlichen Bildungsausgaben pro Schüler/in der Sekundarstufe I sind nach aktuellem Stand der Datenlage beim BKS und beim BFS für den Kanton Aargau nicht genau bestimmbar. Sowohl in den Rechnungen der Gemeinden als auch in der Staatsrechnung besteht ein Konto „Volksschulen, nicht zuteilbare Ausgaben“. Das BFS verteilt gemäss seiner Standardlösung diesen Ausgabenposten auf die Primar- und Sekundarstufe I gemäss den Anzahl Lernenden. Dies ist systematisch falsch, weil die Lohnkosten auf der Sekundarstufe I höher sind als auf der Primarstufe. Da zudem die Primarschulstufe wesentlich mehr Schüler/innen umfasst, hat dies zur Folge, dass diese Ausgaben vor allem der Primarschulstufe und zu wenig der Sekundarstufe I belastet werden.

Die Kantone geben auch für eine Schülerin, einen Schüler der Maturitätsstufe unterschiedliche Beträge aus, wie Grafik 3.3e zeigt:

Grafik 3.3e:



Quelle: BFS

In elf Kantonen werden für die Ausbildung an einem öffentlichen Gymnasium pro Schüler/in und Jahr zwischen CHF 19'000.- und CHF 22'000.- aufgewendet. Zu dieser Gruppe gehört auch der Kanton Aargau. Der Kanton Aargau mit seinen Gemeinden gibt 2003 CHF 21'131.- pro Schüler/in des Gymnasiums aus und liegt damit knapp über dem schweizerischen Durchschnitt von CHF 20'322.-. Nach Regionen betrachtet liegen die Genferseeregion und das Tessin mit ihren Ausgaben deutlich unter dem Durchschnitt. In der Ostschweiz hingegen weist die Mehrheit der Kantone überdurchschnittliche Ausgaben auf.

3.4 Öffentliche Bildungsausgaben nach Ausgabenart

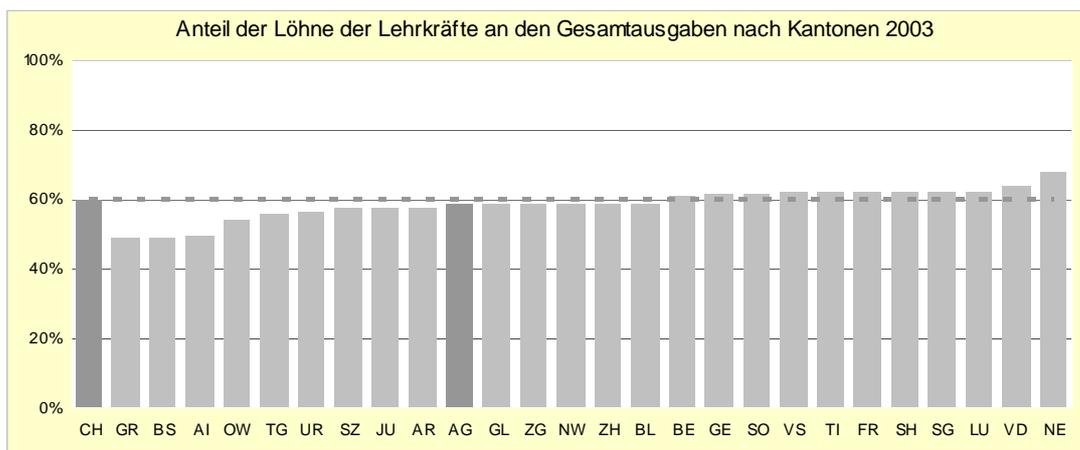
Die Klassifikation nach Ausgabenart (Sachgruppengliederung) zeigt, wie sich die Ausgaben auf einzelne Konten verteilen. In diesem Rahmen werden die Buchhaltungsdaten jedes Aktivitätsbereiches der öffentlichen Haushalte nach der so genannten Sachgruppengliederung strukturiert. Die Sachgruppengliederung trennt nach laufenden Ausgaben (Ausgaben für das laufende Jahr) und Investitionsausgaben (mehrfähige Ausgaben). In der Schweiz fallen gut 90% der Bildungsausgaben als laufende Ausgaben an, die restlichen knapp 10% werden als Investitionen getätigt. Die laufenden Ausgaben lassen sich in folgende drei Sachgruppen einteilen:

- *Personalaufwand*: Zum Personalaufwand gehören die Löhne der Lehrkräfte sowie die Löhne des übrigen Personals (Behörden, Kommissionen, Richter/innen, Verwaltungs- und Betriebspersonal). Weiter hinzu kommen die Sozialversicherungsbeiträge, Personalversicherungsbeiträge, Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge, Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen, Entschädigung für temporäre Arbeitskräfte. Die Sachgruppe Personalaufwand wird in die Kategorien „Löhne Lehrkräfte“ und „Löhne übriges Personal“ aufgeteilt.
- *Sachaufwand*: Der Sachaufwand umfasst u. a. Büro- und Schulmaterial, Drucksachen, Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge, Dienstleistungen für baulichen Unterhalt, Mieten.
- *Übrige laufende Ausgaben*: Zu den übrigen laufenden Ausgaben zählen etwa Subventionen an private Institutionen, Transferzahlungen an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen oder ins Ausland.

Der Investitionsanteil der öffentlichen Bildungsausgaben sank im Zeitraum von 1992 bis 1997 um rund 14%. Dem leichten Anstieg zwischen 1998 und 2000 folgte 2001 ein neuer Tiefststand. Im Jahr 2003 betragen die Investitionen CHF 2,3 Milliarden. Dieser Betrag entspricht dem Investitionsbetrag von 1995. In der Zeitspanne zwischen 1992 und 1999 wuchs der Besoldungsanteil der Lehrpersonen nur wenig. Die steigende Tendenz setzte erst ab 2000 an. Im Jahr 2003 nahm der Besoldungsanteil um 3% gegenüber dem Vorjahr zu. Die Löhne der Lehrkräfte belaufen sich im Jahr 2003 auf CHF 14 Milliarden. Sie umfassen mehr als die Hälfte (54,3%) der gesamten Bildungsausgaben.

Die Gehälter der Lehrpersonen bilden den grössten Einzelposten, wenn es um die Kosten der Bildung geht. Daher sind die Lohnkosten ein entscheidender Faktor für die politischen Entscheidungsträger. Zusammen mit der durchschnittlichen Klassengrösse und der Arbeitszeit der Lehrpersonen gehört dieser Indikator zudem zu den wichtigsten Arbeitsbedingungen von Lehrpersonen. Grafik 3.4a zeigt den Anteil der Lohnkosten der Lehrkräfte an den gesamten öffentlichen Bildungsausgaben nach Kantonen:

Grafik 3.4a:



Quelle: BFS

Der Kanton Neuenburg mit seinen Gemeinden gibt 2003 prozentual am meisten für die Löhne der Lehrkräfte aus. Fast die Hälfte aller Kantone und ihrer Gemeinden setzen mehr als 60% ihrer Bildungsausgaben für die Löhne der Lehrkräfte ein. Im schweizerischen Durchschnitt machen die Lohnkosten der Lehrkräfte 60% der gesamten Ausgaben aus. Der Kanton Aargau mit seinen Gemeinden liegt mit einem Anteil von 59%, die er in die Löhne der Lehrpersonen investiert, im schweizerischen Durchschnitt.

Öffentliche Bildungsausgaben pro Schüler/in

Die öffentlichen Bildungsausgaben des Kantons Aargau haben sich seit 1997 ähnlich entwickelt wie die gesamten öffentlichen Bildungsausgaben der Schweiz: Sie sind pro Jahr durchschnittlich um 3% gestiegen. Allerdings hat diese Zunahme nicht in gleichem Masse stattgefunden. Während im Kanton Aargau die Zunahme der öffentlichen Bildungsausgaben zwischen 2% und 8% jährlich betrug, beliefen sich die jährlichen Zunahmen in der Schweiz zwischen 1% und 6%. Tabelle 3.4a zeigt die Entwicklung der Bildungsausgaben des Kantons Aargau mit seinen Gemeinden nach Sachgruppen:

Tabelle 3.4a:

Öffentliche Bildungsausgaben des Kantons Aargau in CHF Millionen										
Jahr	Löhne Lehrkräfte	Löhne übriges Personal	Sachaufwand	Übrige Ausgaben	Laufende Ausgaben	Investitionsausgaben	Ausgaben (vor Abzug der Bundesbeiträge)	+/- % AG	+/- % CH	Ausgaben (nach Abzug der Bundesbeiträge)
1997	736	149	129	222	1'190	122	1'312	-	-	-
1998	757	134	136	194	1'222	120	1'343	2%	1%	1'314
1999	793	143	139	206	1'281	122	1'402	4%	1%	1'366
2000	801	152	144	215	1'311	121	1'432	2%	3%	1'402
2001	822	150	154	226	1'352	108	1'460	2%	6%	1'426
2002	855	160	159	252	1'427	150	1'573	8%	6%	1'540
2003	859	168	161	277	1'465	145	1'610	2%	3%	1'568
Ø	803	151	146	227	1'321	127	1'447	3%	3%	1'436

Quelle: BFS

Wird die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben getrennt nach Kategorien betrachtet, ist festzustellen, dass diese Schwankungen vor allem auf die unterschiedlich hohen jährlichen Investitionsausgaben zurückzuführen sind. Die Löhne der Lehrkräfte, die Sachausgaben sowie die übrigen Ausgaben sind seit 1997 kontinuierlich gestiegen. Während die

Investitionsausgaben beispielsweise im Jahr 2001 um 11% geringer ausfielen als im Vorjahr, stiegen sie im Jahr 2002 wiederum um 39% an. Ebenfalls sprunghaft, allerdings weniger ausgeprägt entwickelten sich die Löhne des übrigen Personals.

Öffentliche Bildungsausgaben pro Schüler/in der Vorschule

Die laufenden Ausgaben pro Schüler/in der Vorschule haben sich seit 1998 durchschnittlich um 9% pro Jahr erhöht (Tabelle 3.4b). Auffällig ist der sehr hohe Ausgabenzuwachs im Jahr 1999 von 23%. Während zwischen den Jahren 1999 und 2002 der Zuwachs mindestens 8% betrug, war er im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Schweizweit haben die laufenden Ausgaben pro Schüler/in der Vorschule zwar auch zugenommen, allerdings nicht so stark wie im Kanton Aargau. Insgesamt haben sich die Ausgaben für die Vorschule zwischen 1998 und 2003 im Kanton Aargau um 36% und in der Schweiz um 18% erhöht.

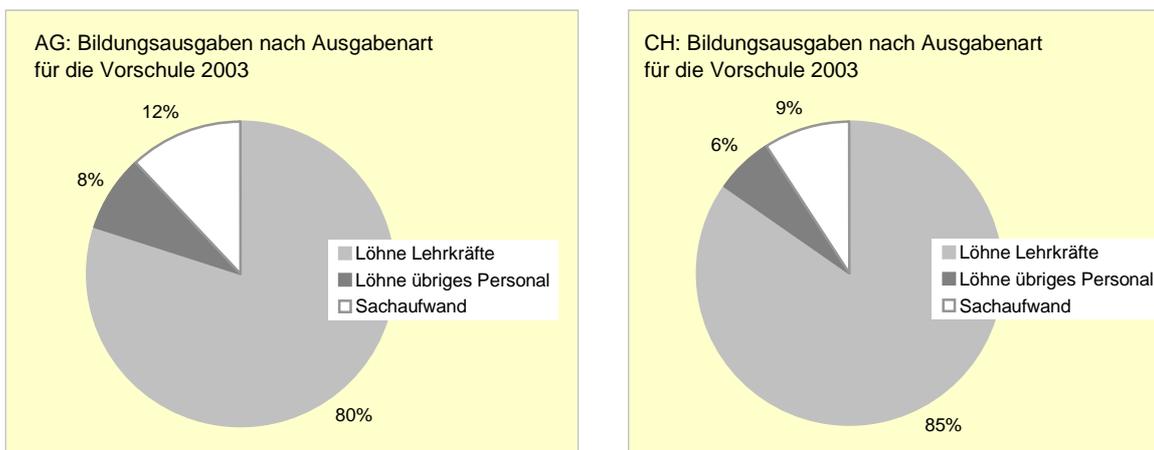
Tabelle 3.4b:

Laufende Ausgaben pro Schüler/in der Vorschule in CHF										
Kanton Aargau						Schweiz				
Jahr	Löhne Lehrkräfte	Löhne übr. Personal	Sachaufwand	Total	+/- %	Löhne Lehrkräfte	Löhne übr. Personal	Sachaufwand	Total	+/- %
1998	2'419	340	501	3'259	-	4'271	286	452	5'009	-
1999	3'107	356	544	4'006	23%	4'475	293	504	5'272	5%
2000	3'376	371	617	4'364	9%	5'352	330	535	6'217	18%
2001	3'707	395	590	4'692	8%	5'269	331	584	6'184	-1%
2002	4'061	407	640	5'109	9%	5'427	332	577	6'336	2%
2003	4'057	401	612	5'070	-1%	5'520	399	603	6'523	3%
Ø	3'455	378	584	4'417	9%	5'052	329	543	5'924	6%
Veränderung zwischen 1998 und 2003					36%					18%

Quelle: BFS

Die starke Ausgabenzunahme zwischen 1998 und 2002 ist u. a. auf die vermehrte Einführung des zweijährigen Kindergartens sowie auf den Ausbau des Angebots „Deutsch als Zweitsprache (DaZ)“ zurückzuführen. Werden die laufenden Ausgaben für die Vorschule nach Ausgabenart aufgeschlüsselt, so entfällt der grösste Anteil in allen Kantonen auf die Besoldung der Lehrpersonen. Im Kanton Aargau beträgt 2003 der Besoldungsanteil der Vorschullehrkräfte 80%, im CH-Durchschnitt liegt er bei 85% (Grafik 3.4b).

Grafik 3.4b:



Quelle: BFS

Öffentliche Bildungsausgaben pro Schüler/in der Primarschulstufe

Die laufenden Ausgaben pro Schüler/in der Primarschulstufe haben sich seit 1998 durchschnittlich um 3% jährlich erhöht (Tabelle 3.4c). Dieser Zuwachs ist vor allem auf das Jahr 1999 zurückzuführen. Einzig 2002 waren die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Schweizweit haben die laufenden Ausgaben pro Schüler/in der Primarschulstufe ebenfalls zugenommen. Insgesamt haben sich die Ausgaben im Vergleich zwischen 1998 und 2003 im Kanton Aargau um 14% und in der Schweiz um 12% erhöht.

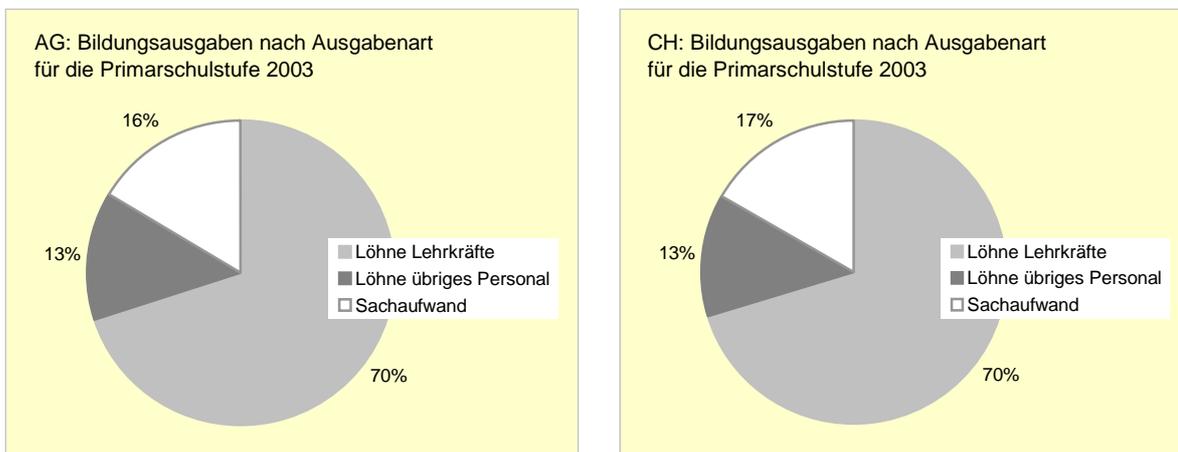
Tabelle 3.4c:

Laufende Ausgaben pro Schüler/in der Primarschulstufe in CHF										
Jahr	Kanton Aargau					Schweiz				
	Löhne Lehrkräfte	Löhne übr. Personal	Sachaufwand	Total	+/- %	Löhne Lehrkräfte	Löhne übr. Personal	Sachaufwand	Total	+/- %
1998	7'244	1'224	1'528	9'996	-	7'384	1'224	1'629	10'237	-
1999	8'250	1'350	1'741	11'341	13%	7'228	1'239	1'619	10'086	-1%
2000	8'249	1'424	1'798	11'472	1%	7'354	1'302	1'776	10'432	3%
2001	8'349	1'350	1'925	11'625	1%	7'554	1'367	1'888	10'809	4%
2002	7'982	1'400	1'839	11'221	-3%	7'941	1'434	1'888	11'263	4%
2003	7'977	1'533	1'867	11'376	1%	8'055	1'502	1'909	11'466	2%
Ø	8'009	1'380	1'783	11'172	3%	7'586	1'345	1'785	10'716	2%
Veränderung zwischen 1998 und 2003					14%					12%

Quelle: BFS

Auch auf der Primarschulstufe machen die Löhne der Lehrerinnen und Lehrer den grössten Ausgabenposten aus. Der Besoldungsanteil auf der Primarschulstufe belief sich 2003 im Kanton Aargau auf 70%. Dieser Anteil deckt sich mit dem schweizerischen Durchschnittswert von ebenfalls 70% (Grafik 3.4c).

Grafik 3.4c:



Quelle: BFS

Öffentliche Bildungsausgaben pro Schüler/in der Sekundarstufe I

Schweizweit haben die laufenden Ausgaben pro Schüler/in der Sekundarstufe I seit 1998 jährlich um rund 2% zugenommen. Die Entwicklung der Ausgaben der Sekundarstufe I war allerdings in den Jahren 1999 und 2003 rückläufig (Tabelle 3.4d). Insgesamt haben sich die Ausgaben im Vergleich zwischen 1998 und 2003 um 10% erhöht. Die Angaben für den Kanton Aargau liegen noch nicht vor (siehe Erklärung Kap. 3.3).

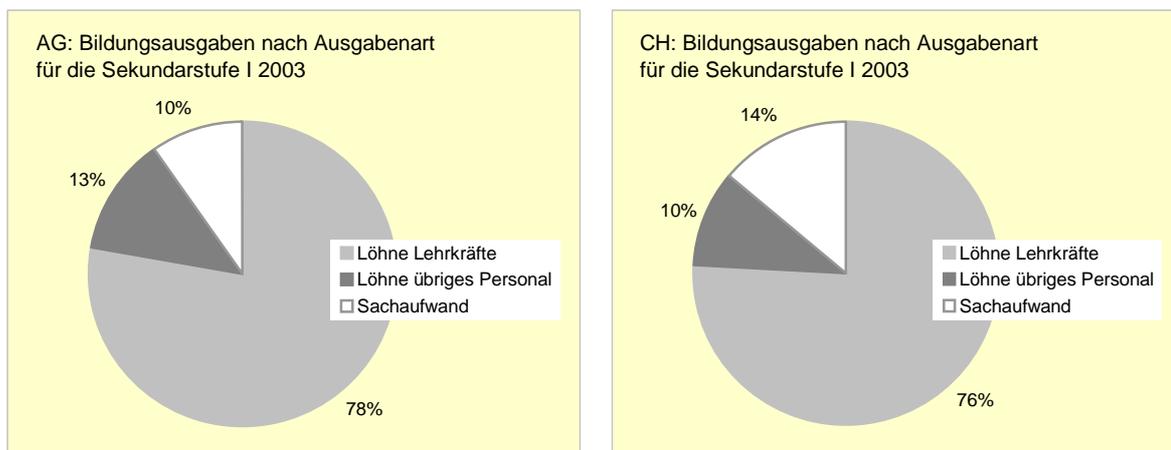
Tabelle 3.4d:

Laufende Ausgaben pro Schüler/in der Sekundarstufe I in CHF					
Schweiz					
Jahr	Löhne Lehrkräfte CH	Löhne übriges Personal	Sachaufwand	Total	+/- %
1998	10'448	1'568	1'851	13'867	-
1999	10'484	1'348	1'878	13'776	-1%
2000	10'836	1'400	2'056	14'291	4%
2001	11'372	1'482	2'160	15'014	5%
2002	11'512	1'616	2'211	15'339	2%
2003	11'527	1'583	2'091	15'201	-1%
Ø	11'030	1'500	2'041	14'570	2%
Veränderung zwischen 1998 und 2003					10%

Quelle: BfS

Werden die laufenden Ausgaben auf der Sekundarstufe I nach Ausgabenart aufgeschlüsselt, so entfällt der grösste Anteil in allen Kantonen auf die Besoldung der Lehrpersonen. Im Kanton Aargau beträgt der Besoldungsanteil der Lehrkräfte auf der Sekundarstufe I 78%, im CH-Durchschnitt liegt er bei 76% (Grafik 3.4d).

Grafik 3.4d:



Quelle: BFS

Öffentliche Bildungsausgaben pro Schüler/in der Maturitätsschulen

Die laufenden Ausgaben pro Schüler/in an einer Maturitätsschule haben sich seit 1998 jährlich im Kanton Aargau nicht erhöht (Tabelle 3.4e). Schweizweit sind die Ausgaben pro Schüler/in der Maturitätsschulen leicht rückläufig. Insgesamt haben sich die Ausgaben im Vergleich zwischen 1998 und 2003 im Kanton Aargau nicht verändert, schweizweit sind sie um 5% gesunken. Demzufolge ist es einigen Kantonen gelungen, ihre Einheitskosten (Kosten pro Schüler/in) für das Gymnasium zu senken.

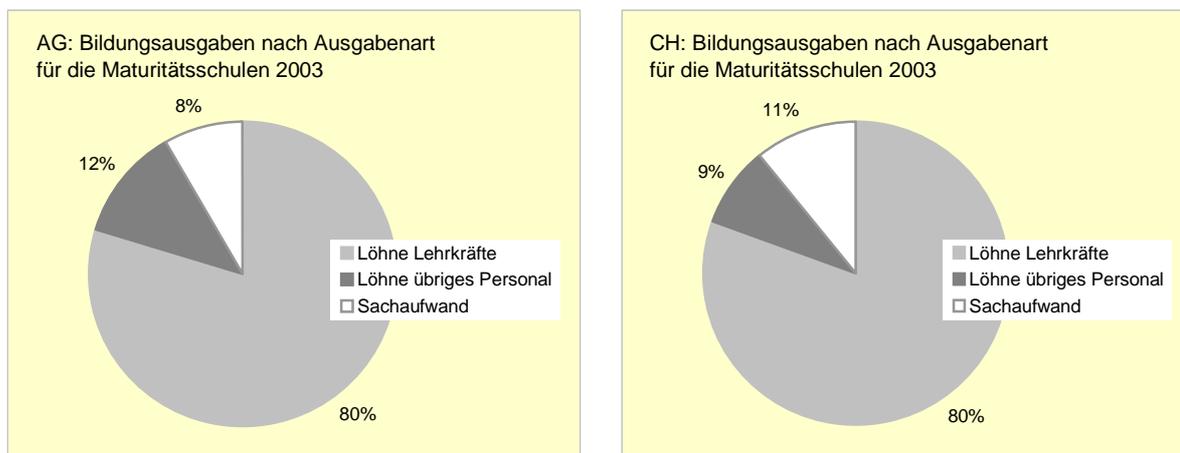
Tabelle 3.4e:

Laufende Ausgaben pro Schüler/in der Maturitätsschulen in CHF											
Jahr	Kanton Aargau					Schweiz					
	Löhne Lehrkräfte	Löhne übriges Personal	Sachaufwand	Total	+/- %	Löhne Lehrkräfte	Löhne übriges Personal	Sachaufwand	Total	+/- %	
1998	17'681	1'685	1'814	21'180	-	17'717	1'717	1'949	21'382	-	
1999	17'491	1'765	1'576	20'832	-2%	16'036	1'580	1'808	19'425	-9%	
2000	17'231	1'866	1'551	20'648	1%	16'083	1'644	2'021	19'748	2%	
2001	16'803	1'853	1'609	20'265	-2%	15'751	1'668	2'054	19'472	-1%	
2002	16'115	2'449	1'678	20'242	0%	16'189	1'830	2'177	20'196	4%	
2003	16'846	2'498	1'787	21'131	4%	16'357	1'769	2'196	20'322	1%	
Ø	17'028	2'019	1'669	20'716	0%	16'356	1'701	2'034	20'091	-1%	
Veränderung zwischen 1998 und 2003					0%						-5%

Quelle: BFS

Bei der Aufteilung der laufenden Ausgaben nach Ausgabenart beträgt der Besoldungsanteil der Lehrkräfte an Maturitätsschulen im Kanton Aargau und im schweizerischen Durchschnitt 80% (Grafik 3.4e).

Grafik 3.4e:



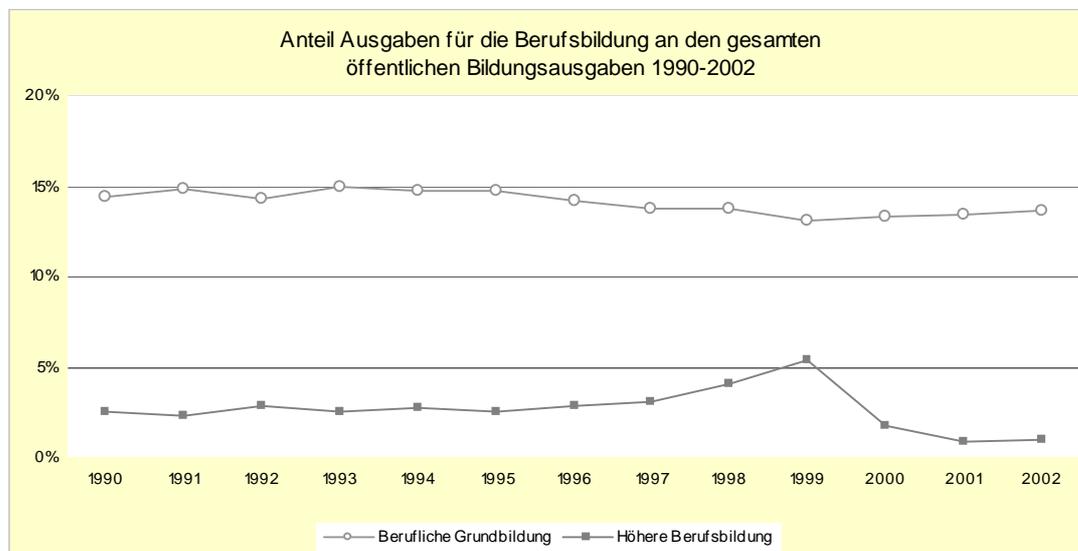
Quelle: BFS

3.5 Ausgaben für die Berufsbildung

Die Berufsbildung umfasst die berufliche Grundausbildung auf der Sekundarstufe II sowie die höhere Berufsbildung auf der Tertiärstufe. Die berufliche Grundbildung der Sekundarstufe II dauert zwei bis vier Jahre und setzt sich zusammen aus der Bildung in beruflicher Praxis (Lehrbetrieb, Lehrbetriebsverbund, Lehrwerkstätten, Handelsmittelschulen), allgemeiner und berufskundlicher schulischer Bildung (Berufsfachschulen), Ergänzung der Bildung in beruflicher Praxis und schulischer Bildung (überbetriebliche Kurse). Die höhere Berufsbildung basiert auf Bildungsangeboten, die auf die eidgenössische Berufsprüfung, auf die eidgenössische höhere Fachprüfung, auf höhere Fachschulen sowie auf äquivalente Bildungsprogramme vorbereiten.

Die berufliche Grundbildung wird sowohl öffentlich als auch privat finanziert. Auf der öffentlichen Seite sind es die Kantone, der Bund und die Gemeinden, die sich an der Finanzierung beteiligen. Auf der Seite der Privaten sind es die ausbildenden Betriebe, die Berufs- und Branchenverbände, private Berufsbildungsinstitutionen, die vor allem in der höheren Berufsbildung eine Rolle spielen, sowie die Lernenden und ihre Familien, welche die in einer Berufsausbildung anfallenden Kosten tragen. Nach Schätzungen wurden in den Jahren 2000, 2001 und 2002 jährlich zwischen CHF 5 und 6 Milliarden für die berufliche Grundbildung aufgewendet. Dabei ist der Anteil, der von der Wirtschaft für die berufliche Grundbildung aufgewendet wird, ungefähr gleich hoch wie derjenige der öffentlichen Hand. Grafik 3.5a zeigt die Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben für die Berufsbildung (berufliche Grundbildung und höhere Berufsbildung) von 1990 bis 2003.

Grafik 3.5a:



Quelle: BFS

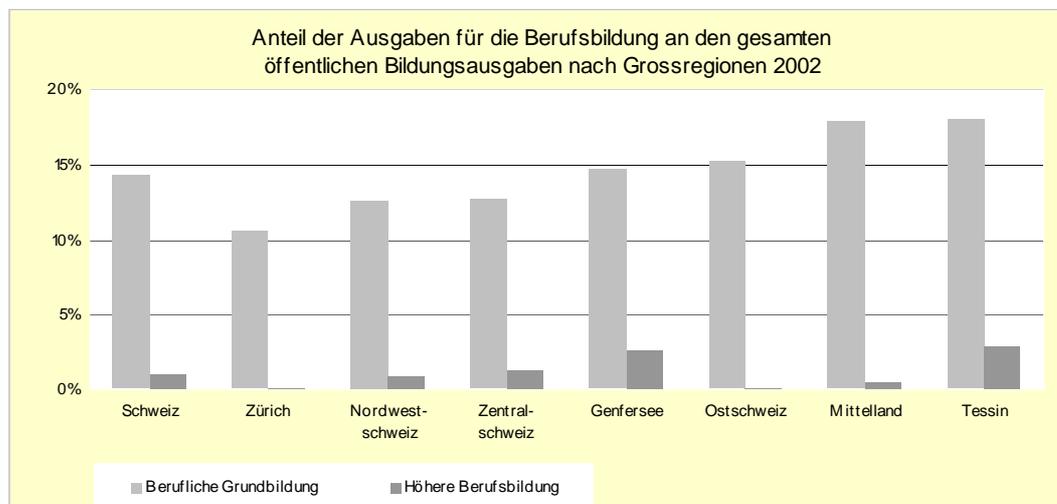
Seit 1990 haben die öffentlichen Ausgaben für die berufliche Grundbildung nominal¹¹ um rund CHF 1 Milliarde zugenommen. Die Ausgaben für die berufliche Grundbildung gemessen an den gesamten öffentlichen Ausgaben sind allerdings trotzdem leicht gesunken. Seit 2000 sind die Ausgaben für die höhere Berufsbildung deutlich gesunken. Dies hängt mit der Gründung der Fachhochschulen zusammen, deren Kosten seit diesem Zeitpunkt dem Bereich Hochschulen zugeordnet werden.

Öffentliche Bildungsausgaben pro Schüler/in der Berufsschulen

Gemäss Rücksprache mit dem BFS liegen die Angaben zu den öffentlichen Bildungsausgaben pro Berufslernende/m noch nicht vor. Bereits publiziert sind die öffentlichen Ausgaben für die Berufsbildung als Anteile der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben nach Grossregionen 2002 (Grafik 3.5b).

¹¹ nicht inflationsbereinigt

Grafik 3.5b:



Quelle: BFS

Sowohl die Ausgaben für die berufliche Grundbildung als auch die Ausgaben für die höhere Berufsbildung unterscheiden sich in den Grossregionen relativ stark. In der ganzen Schweiz werden 2002 für die berufliche Grundbildung 14% der öffentlichen Bildungsausgaben eingesetzt. Lediglich ein Bruchteil davon wird für die höhere Berufsbildung ausgegeben. Die Nordwestschweiz liegt mit einem Anteil von 13% für die berufliche Grundbildung und einem Anteil von 1% für die höhere Berufsbildung im schweizerischen Durchschnitt. Deutlich höher fällt der Anteil für die berufliche Grundbildung im Tessin aus. Das Tessin investiert 18% der öffentlichen Bildungsausgaben in die berufliche Grundbildung sowie 3% in die höhere Berufsbildung.

3.6 Ausgaben für die universitären Hochschulen und Fachhochschulen

Finanzierungsquellen der universitären Hochschulen und der Fachhochschulen

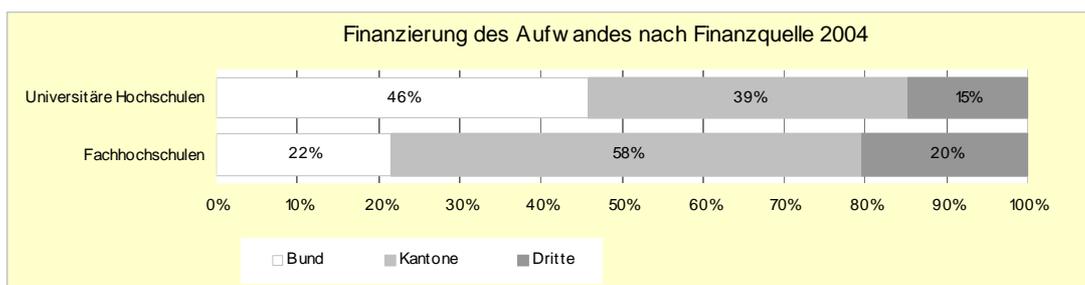
Die universitären Hochschulen und Fachhochschulen werden von den Instanzen Bund, Kantone und Private finanziert. Die universitären Hochschulen (ETH, kantonale Universitäten) erhalten vom Bund Grundbeiträge nach Universitätsförderungsgesetz (UFG), Beiträge des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) sowie Beiträge der Kommission für Technologie und Innovation (KTI), Forschungsaufträge des Bundes, der EU und von anderen internationalen Forschungsprogrammen. Von Seiten der Kantone fließen Trägerbeiträge, Lastenausgleichsbeiträge gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung sowie Forschungsaufträge. Als private Finanzierungsquellen gelten Aufträge vom privaten Sektor, Studiengebühren, eigene Mittel sowie Erträge aus Dienstleistungen.

Die Fachhochschulen erhalten vom Bund Grundbeiträge nach Fachhochschulgesetz, Beiträge des SNF und der KTI, sowie weitere Beiträge des Bundes. Von Seiten der Kantone fließen Trägerbeiträge, Lastenausgleichsbeiträge gemäss Interkantonaler Fachhochschulvereinbarung sowie Forschungsaufträge. Als private Finanzierungsquellen gelten Forschungsaufträge vom privaten Sektor, Studiengebühren, eigene Mittel sowie

Erträge aus Dienstleistungen. Eine Ausnahme bilden die Pädagogischen Hochschulen, die keine Grundbeiträge seitens des Bundes erhalten.

2004 geben Bund, Kantone und Private rund CHF 4,9 Milliarden für die universitären Hochschulen und rund CHF 1,4 Milliarden für die Fachhochschulen aus. Die Grafik 3.6a zeigt die Finanzierung des Aufwandes der universitären Hochschulen und der Fachhochschulen nach Finanzquelle.

Grafik 3.6a:



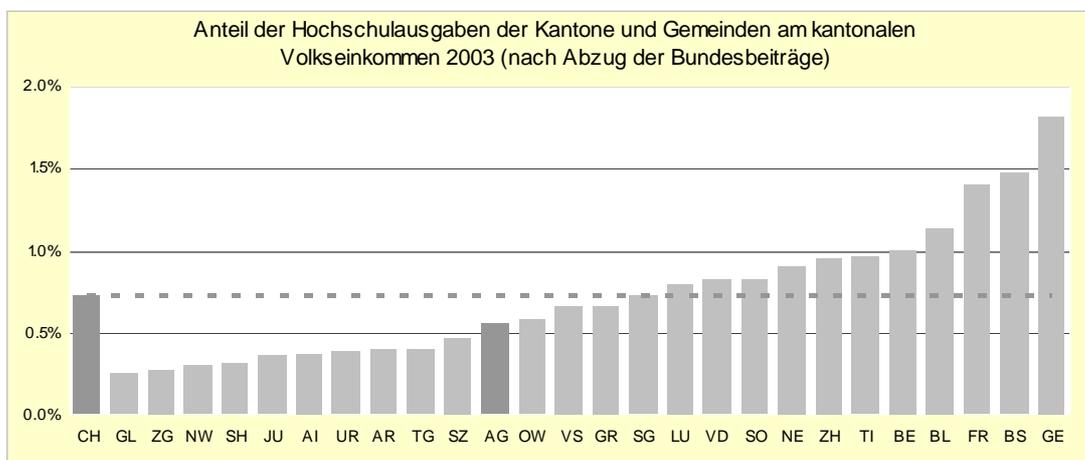
Quelle: BFS

Der Bund ist der wichtigste Geldgeber im universitären Bereich. Er finanziert zu 46% den Aufwand der universitären Hochschulen. Der Anteil des Bundes ist besonders hoch bei den Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich (93%) und in Lausanne (92%). 15% des gesamten Aufwandes der universitären Hochschulen werden aus dem privaten Sektor finanziert. Für die Fachhochschulen sind vor allem die Kantone die wichtigsten Finanzierungsquellen. Sie werden zu fast 60% von den Kantonen finanziell getragen. Je rund 20% der Finanzierung übernehmen der Bund und der private Sektor. Die Finanzierung der Lehrkräfteausbildung ist ebenfalls im Aufwand der Fachhochschulen inbegriffen.

Anteil der Hochschulausgaben am kantonalen Volkseinkommen

Die Kantone und Gemeinden wenden 2003 durchschnittlich 0.73% ihres kantonalen Volkseinkommens für die Hochschulen (universitäre Hochschulen und Fachhochschulen) auf. Grafik 3.6b zeigt den Anteil der Hochschulausgaben der Kantone und Gemeinden gemessen am kantonalen Volkseinkommen nach Abzug der Bundesbeiträge.

Grafik 3.6b:



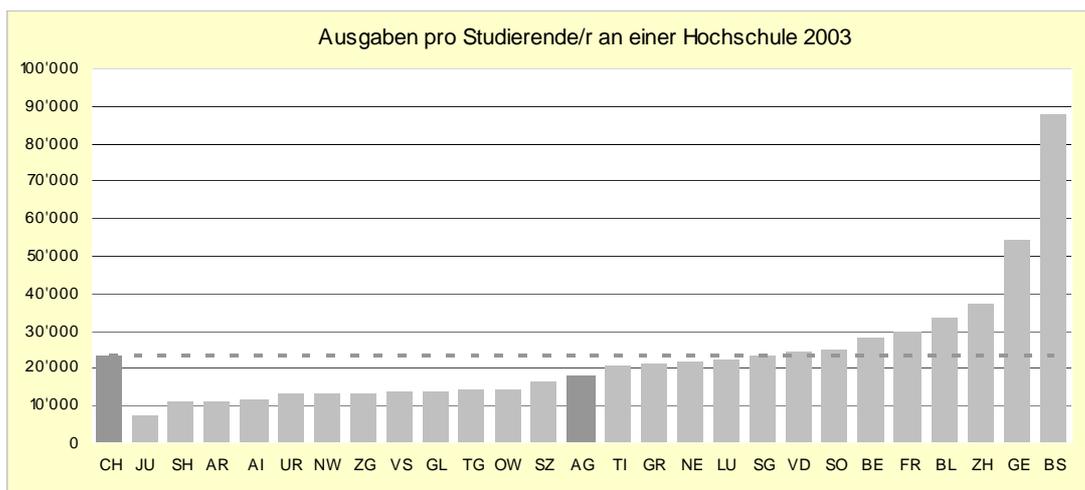
Quelle: BFS

Der Kanton Aargau wendet 2003 rund CHF 150 Millionen für den Hochschulbereich auf. Dieser Ausgabeposten entspricht 0.56% seines kantonalen Volkseinkommens. Damit liegt er deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt. Auffällig ist, dass vor allem Kantone mit Universitäten einen hohen Anteil an Hochschulausgaben gemessen an ihrem Volkseinkommen aufweisen. Kantone mit Universitäten sind Genf, Basel, Freiburg, Bern, Tessin, Zürich, Neuenburg, St. Gallen, Waadt und Luzern. Demzufolge weisen Kantone ohne Universitäten in der Regel einen tieferen Anteil an Hochschulausgaben auf. Allerdings gibt es Kantone mit überdurchschnittlichen Ausgaben für den Hochschulbereich, die keine eigene Universität haben. Dazu gehört insbesondere der Kanton Solothurn.

Kosten pro Student/in an einer Hochschule

Die Kantone wenden 2003 durchschnittlich CHF 23'215.- pro Student/in einer universitären Hochschule oder Fachhochschule auf. Dieser Durchschnitt setzt sich allerdings aus einer grossen interkantonalen Spannbreite zusammen. Grafik 3.6c zeigt die Ausgaben pro Studierende/n nach Kantonen.

Grafik 3.6c:



Quelle: BFS

Der Kanton Aargau gibt 2003 CHF 18'225.- pro Student/in einer Hochschule aus. Damit liegt er rund CHF 5'000.- unter dem schweizerischen Durchschnitt. Auffällig hoch sind die Ausgaben pro Student/in in den Kantonen Basel-Stadt und Genf. Werden die Ausgaben dieser beiden Kantone nicht berücksichtigt, würde der schweizerische Durchschnitt auf CHF 19'248.- fallen und der Kanton Aargau würde nur noch rund CHF 1'000.- weniger ausgeben als die restlichen Kantone im Durchschnitt.

4 Verwaltungsrechnung des BKS

Neben den Finanzkennzahlen des BFS wird im Folgenden die Entwicklung der Bildungsausgaben und -einnahmen auch mit Hilfe der Staatsrechnungen aufgezeigt. Tabelle 4.1 zeigt die laufende Rechnung sowie die Investitionsrechnung des BKS von 1998 bis 2004.

Tabelle 4.1:

Verwaltungsrechnung des BKS in Millionen CHF									
Jahr	Laufende Ausgaben	Laufende Einnahmen	Saldo Laufende Rechnung	Investitionsausgaben	Investitionseinnahmen	Saldo Investitionsrechnung	Saldo BKS	Saldo Verwaltungsrechnung	% BKS an Gesamtausgaben
1997	-1'179	220	-959	32	4	-29	-988	-3'152	31%
1998	-1'196	218	-977	22	2	-19	-997	-3'198	31%
1999	-1'260	245	-1'015	29	2	-27	-1'043	-3'386	31%
2000	-1'289	271	-1'018	34	1	-34	-1'052	-3'471	30%
2001	-1'345	277	-1'068	39	1	-38	-1'106	-3'638	30%
2002	-1'408	292	-1'116	33	2	-31	-1'147	-3'777	30%
2003	*-1'383	317	-1'066	53	9	-44	-1'110	-3'863	29%
2004	*-1'563	289	-1'274	53	6	-47	-1'321	-4'757	28%
Ø	-1'328	266	-1'062	37	3	-34	-1'095	-3'655	30%

Quelle: Staatsrechnungen 1997-2004 des Kantons Aargau

* Die Rückstellungen von rund CHF 100 Millionen gemäss Botschaft zur Staatsrechnung 2003 (S. 1 und 11) werden nicht im Jahr 2003, sondern im Jahr 2004 als Ausgaben aufgeführt, sodass sie periodengerecht verteilt sind.

Die Verwaltungsrechnung des BKS weist seit 1997 je nach Jahr teilweise deutliche finanzielle Veränderungen auf. Die laufenden Ausgaben des BKS nahmen seit 1997 stetig zu. Die Zuwächse betragen zwischen 1% bis 5% im Vergleich zum Vorjahr. Einzig im Jahr 2004 waren die laufenden Ausgaben im Vergleich zum Jahr 2003 geringer (-1%). Durchschnittlich betrug der jährliche Zuwachs 3%. Bei den laufenden Einnahmen sind stärkere Schwankungen nachzuweisen. Auffällig ist der Einnahmeeinbruch im Jahr 2004 gegenüber 2003. Der Saldo der laufenden Rechnung weist jährlich ein Defizit auf, das sich jährlich vergrössert. Allerdings hat sich das Defizit 2004 gegenüber dem Vorjahr etwas stabilisiert (+1%).

Augenfällig sind die starken Schwankungen in den jährlichen Investitionen. Von Jahr zu Jahr schwanken sie seit 1997 zwischen -34% bis zu +60%. Vor allem im Jahr 2003 wurden im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr Investitionen getätigt. Noch stärker fallen jedoch die Schwankungen der jährlichen Investitionseinnahmen aus. So fielen beispielsweise die Investitionseinnahmen im Jahr 2003 um rund 360% höher aus als im Vorjahr. Die Schwankungen der Investitionen führen folglich auch zu grossen jährlichen Abweichungen in der Investitionsrechnung. Insgesamt stieg der Saldo der BKS-Rechnung jährlich um 3% bzw. das Defizit wuchs seit 1997 jährlich um 3% an.

Ein Vergleich des Saldos des BKS mit dem Saldo aller Departemente lässt die Verwaltungsrechnung in einem grösseren Zusammenhang stellen. Während die Ausgaben des BKS im Vergleich zu den totalen Ausgaben der Departemente in den letzten Jahren 30% bzw. 31% betragen, reduzierte sich dieser Anteil 2004 auf 28%.

Die Staatsrechnung wird gemäss funktionaler und gemäss institutioneller Gliederung ausgewiesen. In Tabelle 4.2 wird ersichtlich, wie sich die Ausgaben im Aufgabenbereich Bildung von 1998 bis 2004 entwickelt haben (funktionale Gliederung).

Tabelle 4.2:

Nettoaussgaben in den Aufgabenbereichen Bildung 1998-2004 in CHF Millionen										
Jahr	Kindergarten	Volksschule	Sonderschulen und Heime	Berufsbildung	Lehrpersonenausbildung	Allgemeinbildende Schulen	Fachhochschulen	Hochschulen	Übriges Bildungswesen	Total
1998	11.5	587.6	74.0	108.5	28.3	104.8	36.8	31.0	27.1	1009.6
1999	11.7	597.0	76.0	105.7	30.1	113.8	47.1	37.5	29.0	1047.9
2000	11.8	610.0	79.1	109.2	28.3	109.9	64.6	40.2	21.2	1074.3
2001	11.8	631.6	83.2	115.0	29.0	104.9	70.7	43.5	20.8	1110.0
2002	12.2	647.3	91.0	115.2	30.1	108.8	83.2	46.5	21.0	1155.3
2003	12.6	657.0	95.5	114.5	0.1	112.3	144.0	49.1	21.0	1206.1
2004	30.3	577.7	107.6	115.6	0.1	109.0	136.4	50.6	20.5	1147.8
Differenz 98-04	163%	-2%	45%	7%	-100%	4%	271%	63%	-24%	14%

Quelle: Staatsrechnungen 1998-2004 des Kantons Aargau

Die Ausgabenstrukturen im Aufgabenbereich Bildung haben sich seit 1998 je nach Aufgabenbereich unterschiedlich entwickelt. Die Ausgaben für den Kindergarten sind in den letzten Jahren gewachsen. Dies ist vor allem auf die Einführung des Kindergartens für 5-jährige Kinder sowie auf Lohnerhöhungen der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner zurückzuführen. Auffallend ist die Verdoppelung der Ausgaben des Kantons im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg ist vor allem durch hohe Rückstellungsbeträge zu erklären. Ab 2006 wird der Kanton Aargau den Kindergarten mit einem Anteil von 71.1% finanzieren.

Sehr stark haben sich die Ausgaben für die Sonderschulen entwickelt. Sie sind um rund 45% seit 1998 gestiegen. Die Entwicklung im Sonderschulbereich ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: Zunahme der Lernenden, die sonderpädagogische Leistungen in Anspruch nehmen, Abnahme der finanziellen Unterstützung durch den Bund, Umstellung kantonaler Finanzierungsmechanismen (neu: Gegenwartsfinanzierung), Beiträge an Bauten nach Erziehungsgesetz. Konkret handelt es sich um die Steigerung folgender Kostenarten: Löhne Heilpädagogische Sonderschulen, Beiträge an die Restkosten für die Sonderschulung und Heimaufenthalt, Beiträge an die Besoldung an Sonderschulung und Heimaufenthalt, Beiträge an Bauten nach Erziehungsgesetz. Die um CHF 12.1 Millionen höheren Ausgaben für den Aufgabenbereich Sonderschulen und Heime im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr sind hauptsächlich auf folgende Gründe zurückzuführen: Baubeitragszahlungen an Private CHF 8.3 Millionen, Restkosten CHF 1.9 Millionen sowie Lohnaufwendungen für Lehrpersonen in privaten Sonderschulen CHF 1,4 Millionen.

Die Ausgaben für die Ausbildung von Lehrpersonen sind ab 2003 Teil der Ausgaben für den Fachhochschulbereich, da die Lehrpersonenausbildung dann in die FH Aargau integriert wurde.

Seit 1998 haben sich die Ausgaben für den Fachhochschulbereich (eigene Institutionen, Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen gemäss Interkantonaler Fachhochschulvereinbarung) fast verdreifacht. Gründe dafür sind der gesamtschweizerische Aufbau dieses neuen Hochschultypus, das entsprechende Wachstum der Studierendenzahlen (zwischen 1998 und 2004 hat sich die Zahl der Studierenden verfünffacht), die daraus resultierende Entwicklung der Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen (Interkanto-

nale Fachhochschulvereinbarung) und die besonderen Anstrengungen des Kantons Aargau zugunsten des Aufbaus einer eigenen Institution.

Deutlich gestiegen sind auch die Ausgaben des Kantons Aargau für die universitären Hochschulen (Beiträge an ausserkantonale Institutionen gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung). Diese Steigerung lässt sich im Wesentlichen auf das Wachstum der Studierendenzahl und auf die steigenden Tarife der Lastenausgleichszahlen zurückführen.

Eine nähere Betrachtung der Ausgaben im Fachhochschulbereich zeigt die gesamtschweizerische Entwicklung gemäss der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung auf. Die interkantonale Fachhochschulvereinbarung (FHV) vom 12. Juni 2003 gilt ab 2005, allerdings gab es vor 2005 eine Vorläufervereinbarung. Die Vereinbarung regelt den interkantonalen Zugang zu den Fachhochschulen und die Abgeltung, welche die Wohnsitzkantone der Studierenden den Trägern von Fachhochschulen leisten. Sie fördert damit den interkantonalen Lastenausgleich, die Freizügigkeit für Studierende sowie die Optimierung des Fachhochschulangebots und trägt so zu einer koordinierten schweizerischen Hochschulpolitik bei. Basierend auf der Datengrundlage aus dem Vollzug der Fachhochschulvereinbarung im Kanton Aargau gibt Tabelle 4.3 einen Überblick über die Entwicklung der Tarifentwicklung im Vergleich zur Entwicklung der Studierendenzahl.

Tabelle 4.3:

Lastenausgleich Fachhochschulen (Vollzugsdaten)							
Jahr	Studierende 1. Semester	Studierende 2. Semester	Durchschnitt	Total Ausgaben	CHF pro Student/in	Entwicklung Tarif	Entwicklung Studierendenzahl
1999/00	688	668	678	9'149'500	13'495	100%	100%
2000/01	761	731	746	11'848'215	15'888	118%	110%
2001/02	853	814	833	15'060'610	18'075	134%	123%
2002/03	957	920	938	18'811'075	20'049	149%	138%
2003/04	1121	1111	1116	21'448'228	19'223	142%	165%
2004/05	1270	1259	1265	24'166'396	19'111	142%	187%

Quelle: BKS (Schulabkommen)

Die Tarife der Lastenausgleichszahlungen haben sich seit 1998 um rund 40% erhöht, während die Studierendenzahl, die von diesen Lastenausgleichszahlungen betroffen ist,¹² um 87% zugenommen hat. Die Tarifentwicklung ist einerseits durch Vereinbarungsvorgaben zu erklären, andererseits aber auch durch die Integration neuer Angebote wie beispielsweise dasjenige der Pädagogischen Hochschulen. Im laufenden Studienjahr wird der Start der Fachhochschule Nordwestschweiz (der zu einem Wegfall von Lastenausgleichszahlungen an die Kantone Basel-Land, Basel-Stadt und Solothurn führt) sowie die Verlagerung der Berner Lehrkräfteausbildung vom universitären Bereich in den Fachhochschulbereich zu höheren Ausgaben im Fachhochschulbereich führen.

¹² Die betrifft Studierende mit Wohnort Kanton Aargau, die nicht an der Fachhochschule Aargau bzw. an der heutigen Fachhochschule Nordwestschweiz studieren.

5 Die Schweiz im OECD-Vergleich

Alle OECD-Länder investieren einen wesentlichen Teil ihrer nationalen Ressourcen in die Bildung. In jedem OECD-Land ist die Entscheidung, welcher Anteil der insgesamt zur Verfügung stehenden öffentlichen finanziellen Mittel für das Bildungswesen aufgewendet werden soll, von zentraler Bedeutung. Die bereitgestellten finanziellen Ressourcen hängen von mehreren, sich gegenseitig beeinflussenden Angebots- und Nachfragefaktoren ab. So können beispielsweise OECD-Länder mit hohen Bildungsausgaben eine höhere Bildungsbeteiligung haben, während Länder mit niedrigen Bildungsausgaben den Zugang zu den höheren Bildungsstufen beschränken. Die Verteilung der Lernenden auf die verschiedenen Bildungsbereiche und Fächergruppen kann sich ebenso unterscheiden wie die Dauer der Bildungs- und Studiengänge sowie der Umfang und die Organisation der Forschungsaktivitäten im Bildungsbereich. Die neusten Kennzahlen der Bildungsausgaben der OECD beziehen sich auf das Rechnungsjahr 2002.

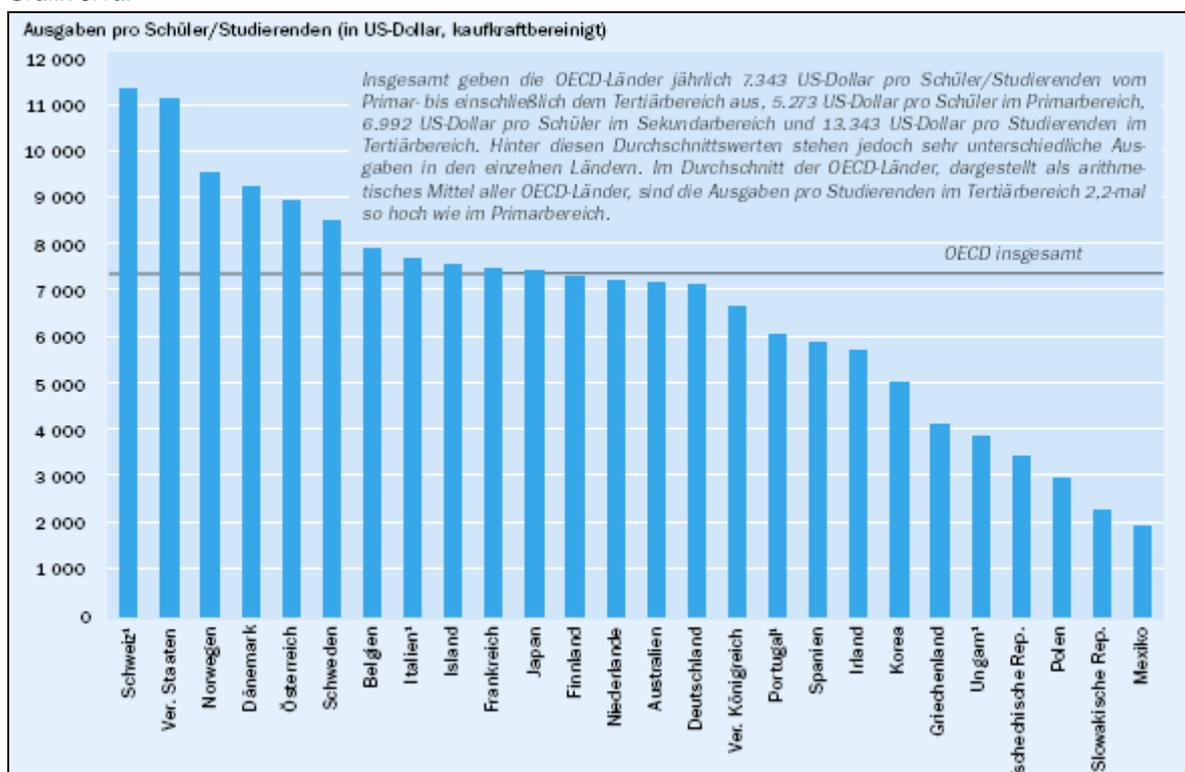
5.1 Bildungsausgaben pro Lernende/r nach Schulstufe

Der Indikator „Bildungsausgaben pro Lernende/r“ gibt Auskunft über die direkten öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Verhältnis zur Anzahl der Schüler/innen bzw. Studierenden an diesen Einrichtungen.¹³ Die Ausgaben basieren auf kaufkraftbereinigten Zahlen, d. h. sie geben den Betrag einer Landeswährung an, mit dem in einem bestimmten Land der gleiche Waren- und Dienstleistungskorb erworben werden kann wie in den Vereinigten Staaten mit US-Dollar. Die Unterschiede im Preisniveau werden damit aufgehoben.

Grafik 5.1a zeigt, wie hoch die Bildungsausgaben pro Schüler/in resp. Studierende/r in den einzelnen OECD-Ländern sind. 2002 gaben die OECD-Länder durchschnittlich 7'343 US-Dollar pro Lernende/r vom Primar- bis zum Tertiärbereich aus (Ländermittel). Die Bildungsausgaben in diesen Bereichen variieren zwischen Ausgaben von maximal 4'000 US-Dollar pro Lernende/r in Mexiko, der Slowakischen Republik, Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn und Ausgaben von über 8'500 US-Dollar pro Lernende/r in der Schweiz, in den USA, Dänemark, Norwegen und Österreich. In 9 von 26 Ländern liegen die Bildungsausgaben zwischen 7'000 und 8'000 US-Dollar pro Lernende/r. Die hohen Kosten pro Lernende/r in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten lassen sich mit den sehr hohen Gehältern der Lehrpersonen im Sekundarbereich erklären. In Dänemark, Norwegen und Österreich sind die hohen Bildungsausgaben pro Lernende/r vor allem auf das kleine Schüler-Lehrpersonen-Verhältnis zurückzuführen.

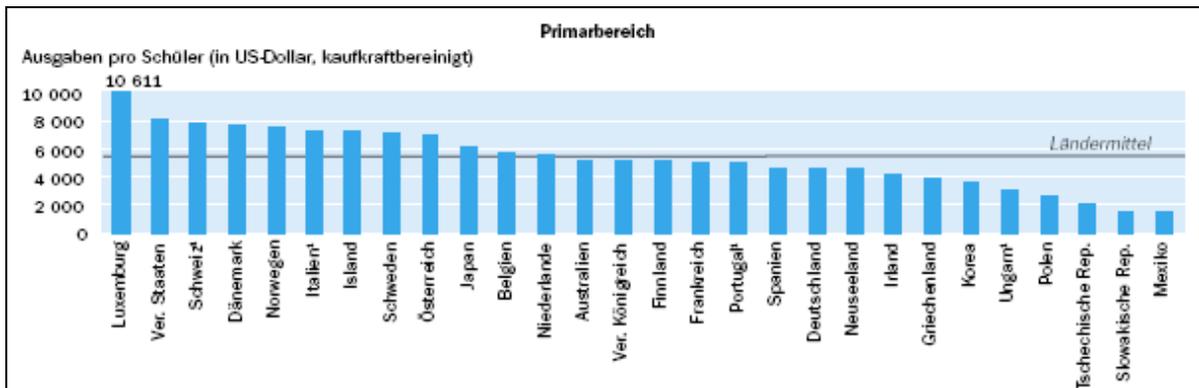
¹³ Es ist zu beachten, dass Unterschiede der Bildungsausgaben pro Lernende/r nicht nur auf Unterschiede der materiellen Ressourcen, die für Schüler/innen resp. Studierende zur Verfügung gestellt werden, zurückzuführen sind, sondern auch die Unterschiede des relativen Gehaltsniveaus widerspiegeln können. Im Primar- und Sekundarbereich überwiegen bei den Bildungsausgaben die Ausgaben für die Unterrichtsdienstleistungen, im Tertiärbereich können andere Leistungen, insbesondere im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung, oder zusätzliche Dienstleistungen einen wesentlichen Teil der Bildungsausgaben ausmachen.

Grafik 5.1a:



Auch wenn die Gesamtausgaben pro Lernende/r in einigen OECD-Ländern ähnlich hoch sind, gibt es doch grosse Unterschiede bei der Verteilung der Mittel auf die einzelnen Bildungsstufen. Grafik 5.1b zeigt: Insgesamt geben die OECD-Länder jährlich pro Schüler/in im Primarbereich 5'273 US-Dollar aus (Ländermittel). Im Primarbereich reichen die Ausgaben für Bildungseinrichtungen von 1'467 US-Dollar pro Schüler/in in Mexiko bis zu 10'611 US-Dollar pro Schüler/in in Luxemburg. Die Schweiz liegt 2002 mit rund 8'000 US-Dollar deutlich über dem OECD-Durchschnitt.

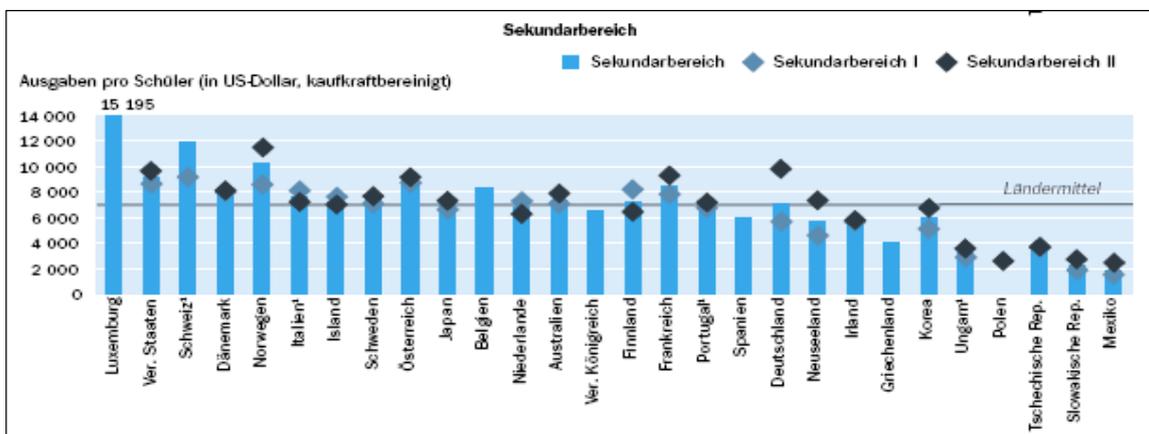
Grafik 5.1b:



Quelle: OECD

Im Sekundarbereich sind die Unterschiede zwischen den einzelnen OECD-Ländern sogar noch grösser (Grafik 5.1c). Dort unterscheiden sich die Bildungsausgaben pro Schüler/in bis um das 8,5-fache und reichen von 1'768 US-Dollar in Mexiko bis zu 15'195 US-Dollar in Luxemburg. Im Sekundarbereich I und II geben die OECD-Länder 6'992 US-Dollar aus (Ländermittel). Auch im Sekundarbereich liegt die Schweiz über dem Durchschnitt: Sie gibt 2002 pro Jahr rund 12'000 US-Dollar aus. Allerdings werden für die Schweiz nur die Ausgaben der Sekundarstufe I berechnet (ohne Sekundarstufe II).

Grafik 5.1c:

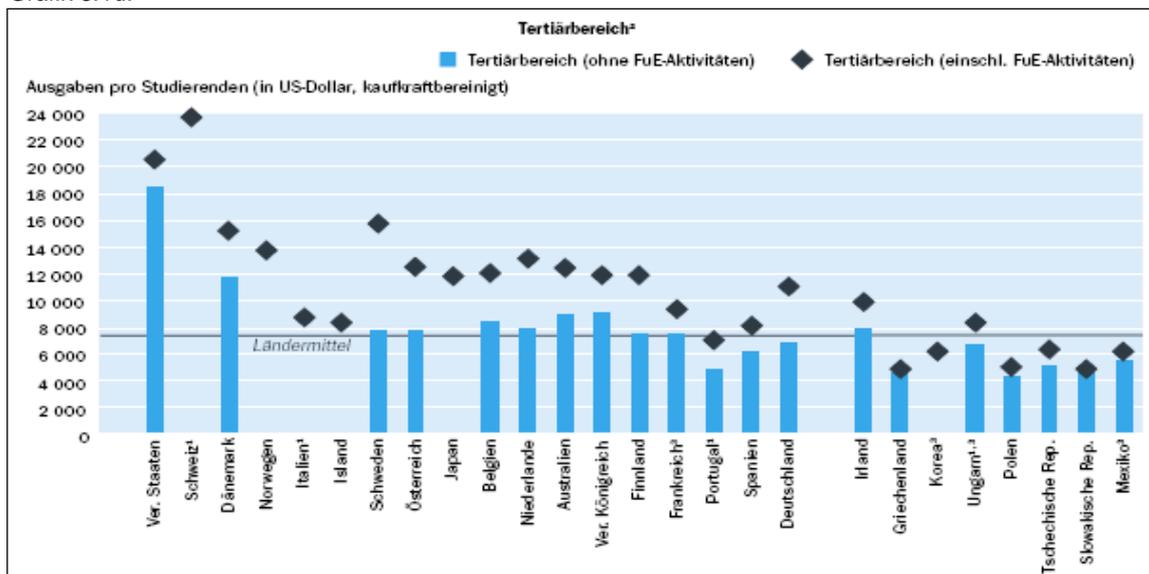


Quelle: OECD

Im Sekundarbereich betragen die Bildungsausgaben pro Schüler/in im Durchschnitt das 1,3-fache der Ausgaben im Primarbereich, obwohl die Spanne vom 1,0-fachen der Höhe der Ausgaben pro Schüler/in im Primarbereich in Dänemark, Island, Italien und Schweden bis zum 1,6-fachen oder mehr in Frankreich, Korea und der Tschechischen Republik reicht.

Grafik 5.1d zeigt: Die durchschnittlichen Ausgaben pro Studierende/r im Tertiärbereich belaufen sich 2002 im OECD-Raum auf 13'343 US-Dollar (Ländermittel). Im Tertiärbereich sind diese Gesamtzahlen jedoch sehr stark durch das hohe Ausgabenniveau von einigen wenigen OECD-Ländern beeinflusst, vor allem der Schweiz und den Vereinigten Staaten. Die Bildungsausgaben pro Studierende/r im Tertiärbereich reichen von 4'731 US-Dollar in Griechenland bis zu mehr als 20'000 US-Dollar in der Schweiz und den Vereinigten Staaten.

Grafik 5.1d:



Quelle: OECD

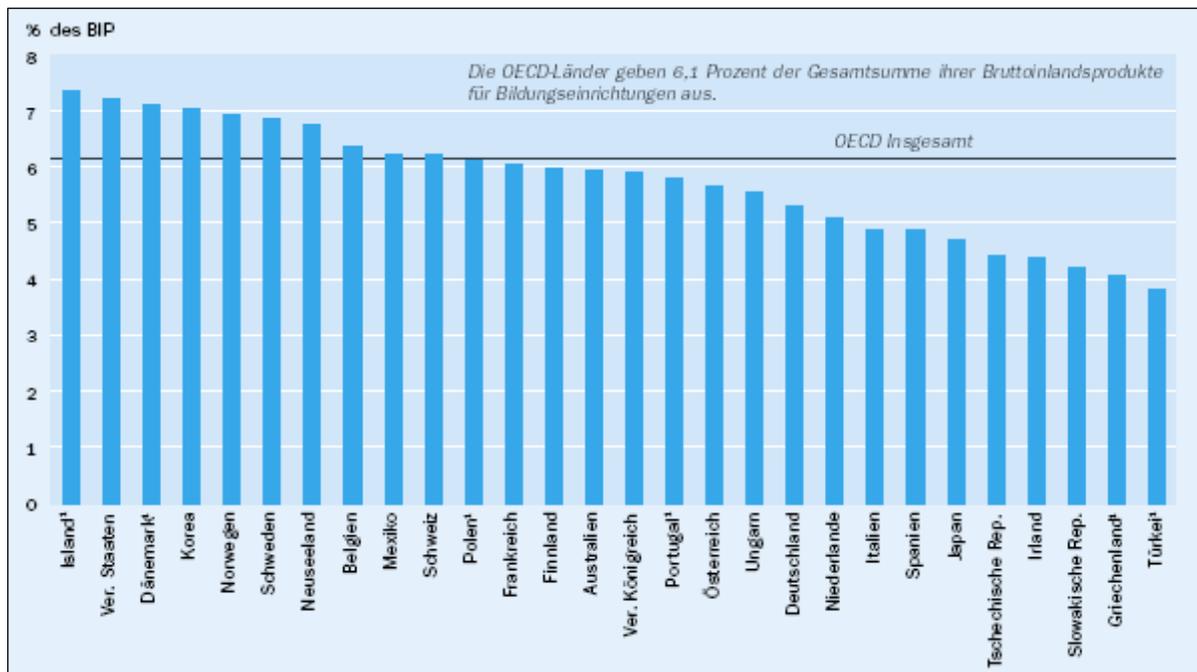
Im Durchschnitt gibt die OECD 2002 pro Lernende/r im Primarbereich 2,2-mal weniger aus als pro Lernende/r der Tertiärstufe. Allerdings variieren diese Ausgabenstrukturen je nach Land. Während beispielsweise Griechenland, Island und Italien pro Studierende/r im Tertiärbereich zwischen 1,1- und 1,3-mal so viel ausgeben wie im Primarbereich, ist es in Mexiko, der Schweiz, der Slowakischen und Tschechischen Republik mehr als das 3,0- bzw. 4,2-fache.

Im Durchschnitt sind die öffentlichen Ausgaben in den OECD-Ländern im Primar-, Sekundar- und postsekundären, nichttertiären Bildungsbereich 3-mal so hoch wie im Tertiärbereich. Diese Kostenstruktur ist hauptsächlich auf die Lernendenzahl bzw. auf den höheren Anteil der privaten Finanzierung im Tertiärbereich zurückzuführen. Dieses Verhältnis variiert je nach Land. Der nichttertiäre Bereich kostet in Dänemark, Finnland und Griechenland fast doppelt so viel wie der Tertiärbereich. In Korea beispielsweise kostet der nichttertiäre Bereiche beinahe das 10-fache des Tertiärsbereichs. Diese Kostenstruktur in Korea ist vor allem auf den relativ hohen Anteil privater Mittel zurückzuführen, die in den Tertiärbereich fließen.

5.2 Anteil der öffentlichen und privaten Bildungsausgaben am BIP

Die Bildungsausgaben als Prozentsatz des BIP ist ein Indikator der Bedeutung von Schule und Bildung in einem Land. Die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben umfassen Ausgaben für Schulen, Hochschulen und andere öffentliche Einrichtungen sowie private Einrichtungen, die selbst Bildungsangebote bereitstellen oder deren Bereitstellung unterstützen. Ausgaben für Bildungseinrichtungen beschränken sich nicht allein auf Ausgaben für Unterrichtszwecke, sondern beinhalten auch öffentliche und private Ausgaben für zusätzliche Leistungen zur Unterstützung von Schülern/Studierenden und deren Familien, soweit diese durch Bildungseinrichtungen erbracht werden. Im Tertiärbereich können auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung einen erheblichen Teil ausmachen. Unter Berücksichtigung der öffentlichen und der privaten Finanzquellen geben die OECD-Länder zusammen 6.1% der Gesamtsumme ihres BIP für Bildungseinrichtungen im Elementar-, Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich aus (Grafik 5.2).

Grafik 5.2:



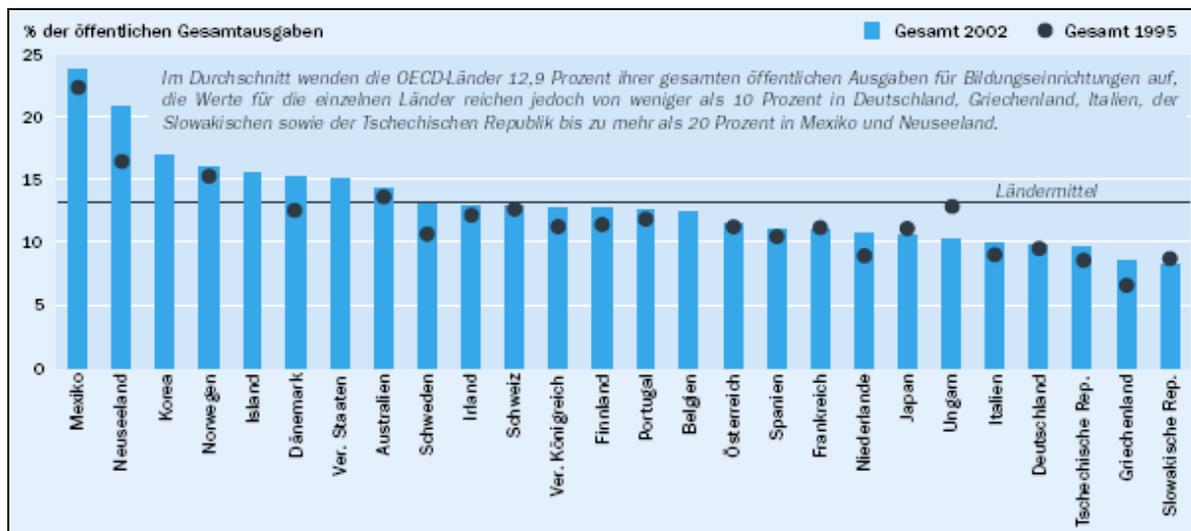
Quelle: OECD

Die höchsten Ausgaben für Bildungseinrichtungen tätigen Island, die USA, Dänemark und Korea. In diesen Staaten belaufen sich die öffentlichen und die privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen auf mehr als 7.0% des BIP. Es folgen Belgien, Neuseeland, Norwegen und Schweden mit einem Anteil von mehr als 6.3% des BIP. Knapp dahinter liegt die Schweiz. 9 von 28 OECD-Ländern mit verfügbaren Daten geben jedoch weniger als 5% ihres BIP für Bildungseinrichtungen aus. In Griechenland, der Slowakischen Republik und der Türkei sind es sogar nur zwischen 3.8 und 4.2% des BIP.

5.3 Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben

Alle OECD-Länder wenden einen grossen Teil ihrer nationalen Ressourcen für die Bildung auf. In jedem OECD-Land ist die Entscheidung, welcher Anteil der insgesamt zur Verfügung stehenden öffentlichen finanziellen Mittel für das Bildungswesen aufgewendet werden soll, von zentraler Bedeutung. Welchen Anteil die Bildungsausgaben an den gesamten öffentlichen Gesamtausgaben aufwenden, zeigt u. a., welchen Stellenwert die Investition ins Humankapital hat. Im Jahr 2002 wenden die OECD-Länder im Durchschnitt 12.9% ihrer gesamten öffentlichen Ausgaben für Bildung auf (Grafik 5.3).

Grafik 5.3:



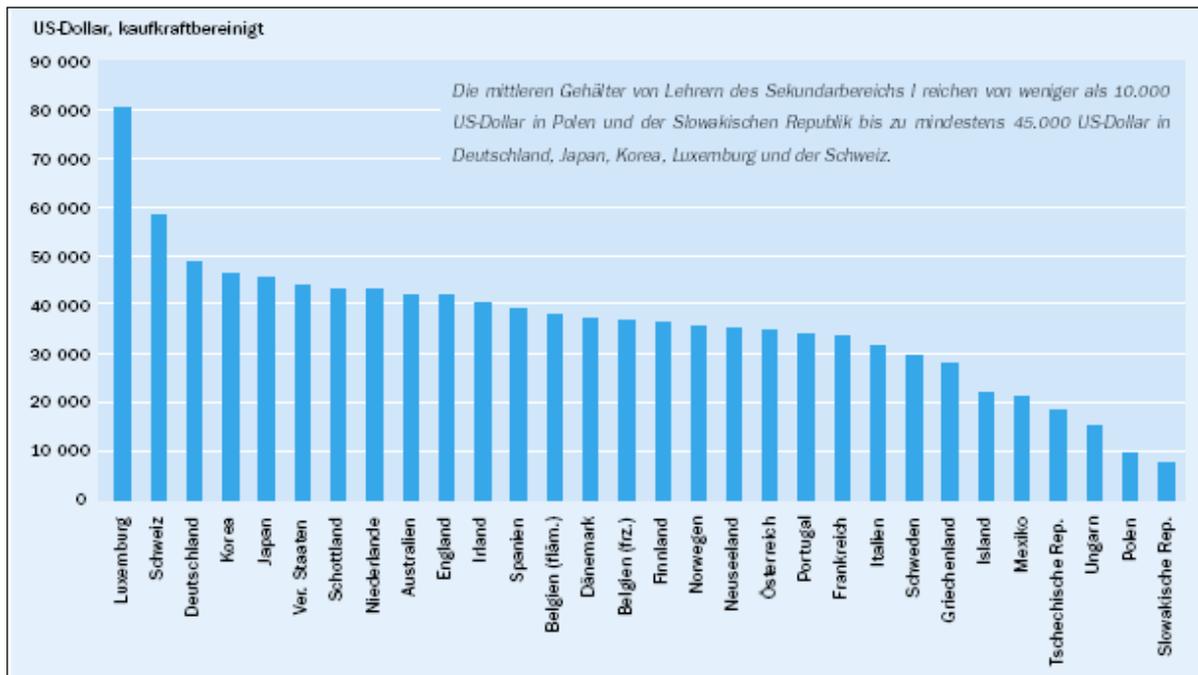
Quelle: OECD

Die Schweiz mit einem Anteil von rund 13% der öffentlichen Bildungsausgaben gemessen an den gesamten öffentlichen Ausgaben liegt im OECD-Ländermittel. Die Werte für die einzelnen Länder reichen jedoch von weniger als 10% in der Slowakischen Republik, in Griechenland, in der Tschechischen Republik sowie in Deutschland und Italien bis zu mehr als 20% in Mexiko und Neuseeland.

5.4 Gehälter der Lehrpersonen

Die Bildungsausgaben sind zu einem beachtlichen Teil vom Lohnniveau der Lehrpersonen bestimmt. Die OECD hat die Gehälter der Lehrerinnen und Lehrer des Sekundarbereichs I nach 15 Jahren Berufserfahrung in den OECD-Ländern verglichen. Grafik 5.4 zeigt die verschiedenen Lohnniveaus der Lehrpersonen in den einzelnen OECD-Ländern.

Grafik 5.4:



Quelle: OECD

Die mit Abstand höchsten Gehälter erhalten die Lehrpersonen in Luxemburg. Eine Lehrpersonen mit 15-jähriger Berufserfahrung erhält in Luxemburg rund 80'000 US-Dollar pro Jahr. Ebenfalls auf einem Spitzenplatz befindet sich die Schweiz mit einem Jahresgehalt von fast 60'000 US-Dollar. Nur einen Bruchteil dieser Summe erhält eine Lehrperson in der Slowakischen Republik oder in Polen. In diesen Ländern übersteigen die Löhne die Marke von 10'000 US-Dollar nicht.

Literatur

BFS-Hefte:

BFS (2005). *Das schweizerische Bildungssystem im europäischen Vergleich. Ausgewählte Indikatoren*. Neuchâtel: BFS.

BFS (2005). *Das schweizerische Bildungssystem im europäischen Vergleich. Tabellen und methodologische Informationen*. Neuchâtel: BFS.

BFS (2005). *Öffentliche Bildungsausgaben: Technisches Handbuch 2004*. Neuchâtel: BFS.

BFS (2005). *Öffentliche Bildungsausgaben 2003*. Neuchâtel: BFS.

BFS (2004). *Öffentliche Bildungsausgaben 2002*. Neuchâtel: BFS.

BFS (2003). *Öffentliche Bildungsausgaben. Finanzindikatoren 2001*. Neuchâtel: BFS.

BFS (2002). *Öffentliche Bildungsausgaben. Finanzindikatoren 2000*. Neuchâtel: BFS.

BFS (2001). *Öffentliche Bildungsausgaben. Finanzindikatoren 1999*. Neuchâtel: BFS.

BFS (2000). *Öffentliche Bildungsausgaben. Finanzindikatoren 1998*. Neuchâtel: BFS.

BFS (2005). *Finanzen der universitären Hochschulen 2004*. Neuchâtel: BFS.

BFS (2006). *Finanzen der Fachhochschulen 2004*. Neuchâtel: BFS.

Weitere Literatur:

Staatsrechnungen 1998-2004. Botschaft des Regierungsrates an den Grossen Rat.

OECD (2005). *Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2004*. Paris: OECD.

Riphahn, R. T. (2003). *Die schweizerische Bildungspolitik unter Effizienz- und Wachstumsgesichtspunkten*. Verfügbar unter: <http://www.kfk.admin.ch/pdf%20d/03riph.pdf>.